

DEMO

07/08 2015

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Brandenburg
Landes-SGK
Extra
Heftmitte



BILDUNG IN DER KOMMUNE

Lernen fürs Leben

Was gute Bildungslandschaften
bewirken können



STARKE KOMMUNEN FÜR DIE AUFGABEN VON MORGEN

10. DEMO-Kommunalkongress Berlin | 29.–30. Oktober 2015

Ellington Hotel Berlin | Nürnberger Str. 50–55 | 10789 Berlin

**Bitte
vormerken!**

LOKAL: RUND UMS RATHAUS

- Finanzen: Sparen und Investieren
- Kooperationen: Gemeinsam sind wir stark: Kommunale Kooperationen
- Zukunftsfelder: Kommune als Unternehmerin – Rekommunalisierung

NATIONAL: BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN

- Finanzen: Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen
- Kooperationen: Bildung und Schule als gemeinsame Aufgabe
- Zukunftsfelder: Demographischer Wandel – Zukunft der Pflege

INTERNATIONAL: KOMMUNEN IN EUROPA UND DER WELT

- Finanzen: Europa fördert Kommunen
- Kooperationen: Internationale Städtepartnerschaften
- Zukunftsfelder: Flüchtlinge/Integration

Infos und Anmeldung unter:

www.demo-kommunalkongress.de





Liebe Leserin, lieber Leser,

Vor Ort, in den Kommunen, entscheidet sich das Leben unserer Kinder. Es hängt nicht unwesentlich von den örtlichen Bildungseinrichtungen ab, ob der Weg ins Erwachsenenleben gut zu meistern oder sehr beschwerlich ist. Ob die Gesellschaft zusammenhält oder auseinanderfällt.

Gute Bildung für alle ist nicht zuletzt eine soziale Frage. Nur reiche Eltern können ihren Kindern eine gute Ausbildung finanzieren. Für alle anderen muss sich der Staat auf allen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – umso mehr verantwortlich fühlen und für sie sorgen.

Deswegen müssen Schulen, Krippen, Kitas, Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen immer gut ausgestattet sein – auch in Zeiten knapper Kassen. Bildung muss Vorfahrt bei der Mittelvergabe haben. Es nützen uns nicht die beste Infrastruktur und nicht die besten Technologien, wenn wir keine qualifizierten Menschen haben, die diese in unser aller Interesse nutzen können.

Was wir heute in der Bildungspolitik versäumen, wird sich später rächen. Zu einer guten Bildungspolitik gehört es auch, die Schwächeren einzubinden und entsprechende Angebote und Einrichtungen vorzuhalten. Denn dort liegen die Aufgaben der Kommunen: Sie sind etwa für Schulgebäude und andere Sachaufwendungen verantwortlich.

Für gute Bildungsangebote vor Ort bedürfen die Kommunen natürlich auch der notwendigen materiellen Unterstützung von Bund und Ländern. Wir sind ein reiches Land. Da lässt sich mit Kreativität in den Kommunen und den notwendigen Mitteln viel machen. In der aktuellen DEMO gibt es gute Beispiele dafür.

Bildung muss oberste Priorität haben. So schaffen wir das Kapital von morgen – für uns alle.

Herzlich,

Karin Nink

Fotos: Dirk Bleicker; Holger Hollemann, dpa; REMONDIS AQUA GMBH & CO. KG; BENJAMIN SCHEINK
Karin Nink, Chefredakteurin

Titel

Bildung in der Kommune

- 4 **„Mehr Zeit zum Lernen und Leben“** | Gespräch mit Frauke Heiligenstadt, niedersächsische Kultusministerin
- 6 **Augenblick** | Stadum will die Schule im Dorf lassen
- 8 **Mehr Chancen auf dem platten Land** | Viele Gastschüler pendeln ins benachbarte Bundesland
- 10 **Abschluss mit Aussichten** | Projekt „BaseL“ bereitet Gesamtschüler in Nettetal auf den Berufseinstieg vor
- 12 **Eine Schule ohne Schüler** | 70 Pädagogen unterstützen blinde und sehbehinderte junge Menschen
- 14 **Jedes Kita-Kind individuell fördern** | „Bildungsinitiative Barnim“ verbessert die Qualität frühkindlicher Bildung
- 15 **Streit um Kitaplatz-Vergabe** | Junge Eltern klagen ihre Rechte ein
- 16 **Mut zum Schreiben** | Die Volkshochschule Potsdam bekämpft Analphabetismus erfolgreich



4



16

Report

Stadtwerke

- 20 **Den Verschleiß stoppen** | Interview mit VKU-Präsident Ivo Gönner
- 22 **Vielen Stadtwerken fehlt Kapital für Investitionen** | Sie sollten ihre Finanzierung auf eine breitere Basis stellen
- 24 **Gemeinsame Wasserwirtschaft** | Öffentlich-private Partnerschaften machen Investitionen möglich
- 25 **Qualität, die funktioniert** | Der Beteiligungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt
- 26 **Unendliche Chancen** | Beim Beitbandausbau im ländlichen Raum gibt es noch viel zu tun
- 28 **Eine „Privatisierungsbremse“ für die Kommunen** | Privatisierungen nicht ohne Zustimmung der Bürger



24



25

- 17 **SPD-Bundestagsfraktion** | Schlüsselfaktor Berufsschule
- 18 **News** | Standpunkt von Norbert Bude
- 29 **Bücher** | Wahlen
- 30 **Das Letzte** | Vorschau | Impressum

„Mehr Zeit zum Lernen und Leben“

Niedersachsen hat als erstes Land das G-8 beerdigt. Schüler haben wieder neun Jahre bis zum Abitur. Auch der Ausbau der Ganztagschulen gehört zum Reformprogramm von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Sie sieht den Bund mehr in der Pflicht und sagt, Bildungsinvestitionen müssten eine gesamtstaatliche Aufgabe sein

Interview Karin Nink und Karin Billanitsch

BILDUNG IN DEN KOMMUNEN

ZUR PERSON

Frauke Heiligenstadt wurde 1966 in Northeim geboren. Sie ist verheiratet, hat eine Tochter und wohnt in Gillersheim bei Northeim.

Nach dem Abitur 1985 am Gymnasium Corvinianum in Northeim absolvierte sie von 1985 bis 1988 eine Ausbildung zur Dipl.-Verwaltungswirtin (FH) bei der Stadt Northeim und der FH für Verwaltung und Rechtspflege in Hannover.

1988 bis 1994 arbeitete sie im Rechtsamt der Stadt Northeim. 1994 übernahm sie die Leitung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften bei der Stadt Northeim.

Von 1999 bis 2006 war sie Ortsbürgermeisterin in ihrem Heimatort Gillersheim. Seit März 2003 ist sie Mitglied des Niedersächsischen Landtages für den Wahlkreis Northeim und seit dem 19. Februar 2013 Niedersächsische Kultusministerin. KB

Frau Heiligenstadt, Ihre Einschätzung als Landesministerin: Sind die Kommunen gut ausgestattet, um ihre Aufgaben im Bildungsbereich zu erfüllen?

Die Landesregierung handelt nach der Devise: starke Kommunen, starkes Land. Daher unterstützen wir die Städte, Gemeinden und Landkreise nach Kräften. Im Bildungsbereich wissen Land und Kommunen um ihre gemeinsame Verantwortung für ein hochwertiges, qualitätsvolles Bildungsangebot vor Ort. Es geht sozusagen um gute Bildung von der Krippe über den Schulbereich bis zur Werkbank, aber auch um Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Menschen in einer Region. Dabei ist klar: Mehr Geld für Bildung ist immer gut!

Ich bin zum Beispiel sehr froh, dass die Bundesregierung durch die Übernahme der Bafög-Kosten in Niedersachsen den Weg für eine Finanzierung der dritten Fachkraft in Krippengruppen freigemacht hat. Aber wir haben auch weiterhin einen hohen Bedarf an qualitätssteigernden Maßnahmen in der Bildung. Niedersachsen macht sich daher nachdrücklich für eine gesamtstaatliche Bildungsstrategie stark, in deren Zuge sich der Bund finanziell noch stärker als bisher engagieren muss. Von den staatlichen Bildungsausgaben tragen die Länder 70,7 Prozent, die Kommunen 22 Prozent, der Bund aber nur 7,3 Prozent. Das ist eine offensichtliche Unwucht. Gerade mit Blick auf den demografischen Wandel muss Deutschland mehr in die Bildung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen investieren und deren Potenziale optimal fördern. Da gibt es noch viel Luft nach oben. Das Kooperationsverbot ist nicht mehr zeitgemäß. Bildungsinvestitionen müssen eine gesamtstaatliche Aufgabe sein.

Wie können die Länder mit den Kommunen kooperieren, um sie zu unterstützen?

Es gibt sehr viele Bereiche, in denen Niedersachsen und die Kommunen sehr konstruktiv im Sinne eines guten Bildungsangebotes vor Ort zusammenarbeiten. Gute Bildungsangebote sind harte Standortfaktoren, die mitentscheidend für die Attraktivität und Stärke unserer Regionen sind – und das Land kann nur so stark sein wie seine Regionen. Daher ist es mir sehr wichtig, die Regionen in ihrem großen und vielfältigen Engagement für beste Lernbedingungen vor Ort zu unterstützen. Sei es bei der Umsetzung der inklusiven Schule, dem Aufbau von Bildungsregionen oder im Bereich der Ganztagschulen: wir pflegen einen Modus der positiven Kooperation auf Augenhöhe. Als aktive und bekennende Kommunalpolitikerin ist mir das besonders wichtig.

Es gibt verschiedene Wege zum Abitur, je nach Schulform. In Nieder-

sachsen wurde jüngst das G-9 wieder eingeführt. Warum? Ist das Abitur bundesweit dann noch vergleichbar?

Mit dem neuen Abitur nach neun Jahren gibt die Landesregierung den Schülerinnen und Schülern wieder mehr Zeit zum Lernen und Leben, wir nehmen den Stress aus der Schule und den Familien. Dieser Weg ist in einem intensiven Dialog mit Schülern, Eltern, Lehrkräften sowie Schulpertinnen und Schulpertenden vorbereitet worden. Die Schulzeit wird gestreckt, aber nicht mehr Stoff in die Lehrpläne gepackt. Niedersachsen geht nicht zurück zum alten G9, sondern gestaltet ein neues modernes Abitur, das viele innovative Komponenten in sich vereint. Im Bereich Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen werden die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler gestärkt. Gleichzeitig bleibt mehr Zeit, um jede Schülerin und jeden Schüler besser individuell zu fördern und den Übergang von der Schule in das Studium oder den Beruf intensiver zu begleiten. Die längere



Der Ausbau der Ganztagschulen ist eine Herzensangelegenheit von Frauke Heiligenstadt.



„Gelbe Füße“ sollen einen sicheren Schulweg markieren: Frauke Heiligenstadt umgeben von Schulkindern.

Lernzeit am Gymnasium bietet so mehr Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler. Die Vergleichbarkeit bleibt durch die Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz und durch die Verpflichtungen zum Abitur zwischen den Ländern völlig unberührt.

Es wird ja viel geklagt, dass vor allem Kinder aus Akademiker-Familien die gymnasiale Laufbahn schaffen. Was ist seit den sozialdemokratischen Bildungsreformen in den 70er Jahren auf der Strecke verloren gegangen?

Erstmal ist es natürlich eine positive Entwicklung, dass mehr junge Menschen das Abitur machen. Damit hat sich die Frage von Durchlässigkeit und gerechten Bildungschancen aber nicht erledigt, der soziale Hintergrund und das Portemonnaie der Eltern entscheiden nach wie vor viel zu stark über den Bildungserfolg der Kinder. Genau diesen Zusammenhang zu lockern, ist mein persönlicher Antrieb. Dabei muss man auch bereit sein, Widerstände zu überwinden – sonst wird es hier keinen Fortschritt geben.

Auch der Ausbau von Ganztagschulen ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Wie fördert das Land diese Entwicklung?

Das Land hat die Zukunftsoffensive Bildung aufgelegt, deren Kern der qualitative und quantitative Ausbau der Ganztagschulen ist: Bis 2018 investiert die Landesregierung in den schulischen Ganztagsbereich mehr als 418 Millionen Euro, um Niedersachsen zum Land der guten Ganztagschulen zu machen. Jedes Kind hat die Chance verdient, dass ihre und seine Fähigkeiten und Potenziale gefördert und gefordert werden – für eine gute Zukunft jedes einzelnen Kindes und weil wir für unser Land jede und jeden brauchen. Gute Ganztagschulen leisten dabei einen ganz wichtigen Beitrag. Die Eltern, die Kommunen, aber auch die Unternehmen begrüßen den Ausbau der Ganztagsbetreuung sehr. Ich haben in den letzten Monaten viele Ganztagschulen im Land besucht und ich spüre hautnah, dass diese Herzensangelegenheit der Landesregierung sehr positiv aufgenommen wird.

Aktuelles Beispiel für brennende Probleme, die die Kommunen zu bewältigen haben, sind die Flüchtlingskinder und -Jugendlichen. Was kann ganz konkret getan werden?

Niedersachsen hat es sich zur Aufgabe gemacht, Flüchtlingsfamilien hier willkommen zu heißen und ihnen eine Perspektive zu geben. Niedersachsen und

”

Das Kooperationsverbot ist nicht mehr zeitgemäß. Investitionen in Bildung müssen eine gesamtstaatliche Aufgabe sein.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin in Niedersachsen

die Kommunen tun bereits sehr viel hierfür. Ich will mich auf meinen Bereich beschränken: Wir möchten die Sprachbarrieren von Kindern so zügig wie möglich abbauen, damit diese schnellstmöglich am Regelunterricht teilnehmen können. Dies ist bei den häufig sehr tragischen Hintergründen und traumatisierenden Fluchterfahrungen bei den Kindern, die aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen, natürlich eine große Herausforderung. Die Lehrkräfte nehmen sich dieser Aufgabe sehr verantwortungsbewusst an und leisten großartige Arbeit. Wir haben den Bereich der Sprachförderung massiv gestärkt und ausgeweitet. Alleine die Anzahl der sogenannten Sprachlernklassen haben wir fast vervierfacht. Außerdem wird Niedersachsen die Kompetenzen in Sachen Sprachförderung bündeln und landesweit 15 Sprachbildungszentren einrichten. Ziel ist es, die Schulen im Bereich der Sprachförderung in Zukunft noch besser zu unterstützen. Hier schließt sich der Kreis zu unserem Einstieg, weil Länder und Kommunen auch für diese Aufgabe mehr und dauerhafte Unterstützung vom Bund benötigen.

Mehr Informationen:

www.mk.niedersachsen.de

AUGENBLICK

Stadum will die Schule im Dorf lassen

Für seine Schule kämpft der Bürgermeister von Stadum wie ein Löwe. „So lange ich sie brauche, will ich sie haben“, sagt Werner Klingebiel. Knapp 1000 Einwohner hat sein Dorf im Norden Schleswig-Holsteins, ein neues Wohngebiet und einen Kindergarten.

30 Kinder besuchen derzeit „seine“ Grundschule. Nach dem Gesetz müssten es 40 sein – die Mindestzahl für eine „Außenstelle“, eine Schule, die zu einer anderen, größeren, gehört. Warum sie trotzdem weiterbesteht? „Man muss auch mal Nein sagen“, sagt Klingebiel. Nein zur Schließung. Klingebiel hat ausgerechnet: Gehen „seine“ Schüler auf eine andere Grundschule, würde Stadum dieser Schule so viel an Schul- und Investitionskostenbeiträgen zahlen müssen, wie es jetzt etwa für Sekretariat, Raumpflege und Schulsozialarbeit ausgibt.

Gerd-Ulrich Marquardt macht eine etwas andere Rechnung auf. Er ist Leiter der Grund- und Gemeinschaftsschule Schafflund, zu der die Dorfschule in Stadum gehört. „Wir unterstützen Herrn Klingebiel sehr“, sagt er, fügt aber hinzu, das jetzt zu Ende gehende Schuljahr habe „eine erhebliche Kraftanstrengung“ bedeutet. Denn statt wie vordem die Klassen 1 und 2 sowie 3 und 4 gemeinsam zu unterrichten, mussten die Lehrer wegen der niedrigen Schülerzahlen ein Konzept für jahrgangsübergreifendes Lernen der Klassen 1 bis 4 entwickeln. Nach den Sommerferien können wieder genug Kinder für zwei Klassen unterrichtet werden – fürs erste ist die Dorfschule gerettet.

Im Dorf aufwachsen, dort zur Grundschule gehen, nicht fahren müssen, bedeutet für Familien Lebensqualität. „Der Erhalt kleiner Standorte sollte erleichtert werden“, fordert deshalb das „Netzwerk Dorfschulen Schleswig-Holstein“ in einer Petition an die Landesregierung. Die Vorsitzende Sandra Neukamm weiß, dass in Zeiten sinkender Schülerzahlen nicht alle Standorte erhalten werden können, aber sie fordert, rechtzeitig Konzepte zu entwickeln, und zwar im Einvernehmen mit Schulträgern. Neukamm: „Außenstellen brauchen eine faire Chance.“ S. Dohrn

<https://netzwerkderdorfschulensh.files.wordpress.com/2015/02/studie-grundschulen.pdf>





Mehr Chancen auf dem platten Land

Flächenstaaten sind um Chancengleichheit in der Schule bemüht. Stadtstaaten nehmen aber nicht alle Kinder aus der Nachbarschaft auf

Autor Ulf Buschmann

Rouven Kessenich (Name geändert) ist das, was seine Freunde einen Freak nennen. Schon immer hat sich der heute 16-Jährige aus dem niedersächsischen Landkreis Osterholz für alles interessiert, was fliegt. Flugzeuge findet er genauso toll wie Raumschiffe. Kein Wunder also, dass Rouven Kessenich Feuer und Flamme war, als er hörte, dass das Gymnasium im Bremer Stadtteil Vegesack ein Oberstufenprofil für Luft- und Raumfahrt anbietet.

Also machte sich die ganze Familie daran, den Schulbesuch im benachbarten Bundesland zu ermöglichen. Mutter und Vater Kessenich mussten dabei so manche bürokratische Hürde umschiffen. Vor allem die sogenannte Härtefallklärung hatte es in sich. Darin muss das Bundesland des Wohnortes – in Rouvens Fall Niedersachsen – die Befreiung von der Schulpflicht in den eigenen Grenzen erklären. Am Ende hat es geklappt: Rouven besucht das Gymnasium Vegesack in Bremen. Sein Ziel ist klar: „Ich gehe später in die Luft- und Raumfahrtindustrie.“

Lange Wege ersparen

Rouven ist einer von rund 2220 niedersächsischen Gastschülern, wie sie offiziell heißen. Für sie zahlt Niedersachsen jährlich einen Ausgleichsbetrag von zurzeit 3,939 Millionen Euro. Im Gegenzug besuchen 374 Schüler niedersächsische Schulen. Gastschüler gibt es überall dort, wo die Flächenländer an die Stadtstaaten grenzen: in Bremen, Hamburg und Berlin. Sinn und Zweck dieser Regelung war es, Kindern und Jugendlichen möglichst lange Wege zu ersparen, auch wenn sie dafür in einem anderen Bundesland beschult werden müssen.

Dafür zahlt etwa Schleswig-Holstein 12,4 Millionen Euro an die Freie und Hansestadt Hamburg. Von Brandenburg nach Berlin flossen 2014 rund acht Millionen. Ab diesem Jahr gilt eine andere Rege-

lung: Auf der Grundlage des Schülersaldos aus dem Schuljahr 2013/2014 kassiert das Land Berlin je Schüler 2220 Euro. Nach dem neuen Abkommen können die Schüler aus der Berliner Nachbarschaft dann in der großen Stadt lernen, wenn es freie Kapazitäten gibt und die Behörden beider Länder dem im Sinne einer Härtefallregelung zustimmen. Als „gegeben“ gilt sie laut Abkommen in den Ortsteilen Ahrensfelde, Eiche und Mehrow der Gemeinde Ahrensfelde im Nordosten Berlins – theoretisch. Die Praxis ist indessen laut Bürgermeister Wilfried Gerke (CDU) eine andere: Weil dem Land

„

Unsere Schüler sehen die Schule auf der Berliner Seite und können nicht hingehen.

Bürgermeister Wilfried Gerke

Berlin Kapazitäten fehlen, müssen die Brandenburger Schüler doch im eigenen Bundesland zur Schule gehen. „Unsere Schüler sehen die Schule auf der Berliner Straßenseite und können da nicht hingehen“, sagt Gerke. Stattdessen müssten die jungen Ahrensfelder ab der Sekundarstufe I in die nächstgrößere Stadt: das rund 20 Kilometer entfernte Bernau. Während die Region wirtschaftlich zusammenwachsen, „ist die öffentliche Hand nicht in der Lage, das zu regeln“, klagt Gerke.

So ist es nicht nur in Berlin und Brandenburg. Auch Bremen und Niedersachsen sowie Hamburg und Niedersachsen beziehungsweise Schleswig-Holstein handeln recht restriktiv: Erstmal müssen die eigenen Kinder beschult werden, dann erst kommen die Nachbarn. Ende des Jahres läuft sogar das Gastschulabkommen zwischen der Elbmetropole und Schleswig-Holstein aus. Bislang dürfen die Kinder aus der Gemeinde Barsbüttel noch Gymnasien in Hamburg besuchen. Die Hansestädter nehmen ihre Nachbarn aus dem südlichen Umland nur noch in Härtefällen auf. Niedersachsen seinerseits hat Interesse daran, dass die Mädchen und Jungen mit sonderpädagogischem Förderbedarf weiterhin bei den Nachbarn zur Schule gehen können. Darunter fallen körperbehinderte, gehörlose, schwerhörige, blinde und sehbehinderte Kinder.

Neues Schulgesetz

Der Landtag in Hannover hat mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsmehrheit gerade erst ein neues Schulgesetz auf den Weg gebracht. Damit erleichtert die Landesregierung den Aufbau von Gesamtschulen und macht es auch den Kindern und Jugendlichen auf dem flachen Land einfacher, ab der Sekundarstufe I die Schule ihrer Wahl anzusteuern. Bislang nämlich waren die Schüler darauf angewiesen, auf das Angebot ihres Landkreises zurückzugreifen



EXPERTEN-TIPP

Finanzierungspakt ruht auf vier Säulen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat ein 160-Millionen-Euro-Programm zum Ausbau der Schulen aufgelegt. Frage an Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD): Wie kommt diese für eine Kommune nicht unerhebliche Summe zustande? Jann Jakobs: „Die Landeshauptstadt

Potsdam ist eine wachsende Stadt. Wir bekommen jedes Jahr etwa 2000 Bürgerinnen und Bürger hinzu. Das zeigt, dass wir eine erfolgreiche und attraktive Kommune sind, gerade auch für junge Familien. Das Wachstum ist aber auch eine Herausforderung, der wir uns gerne stellen. So investieren wir bis 2021 rund 160 Millionen Euro in den Neubau und die Erweiterung von Schulen und Schulsportstätten.

Der hierfür erforderliche Finanzierungspakt hat vier Säulen. Ein Teil sind die wachstumsbedingten Mehrerträge, die wir erwarten. Zum zweiten setzen wir auf Ertragssteigerungen und die Anpassung von Steuerhebesätzen. Drittens werden die städtischen Unternehmen ihren Teil beitragen. Und viertens werden wir auch auf der Ausgaben-



Rund 2200 niedersächsische Jungen und Mädchen pendeln mit dem Schulbus täglich in den benachbarten Stadtstaat Bremen.

– im Vergleich zu den Altersgenossen in den Städten waren sie im Hintertreffen. Das aber, so die Meinung der Landesregierung unter Ministerpräsident Stephan Weil, könne sich das Land aufgrund der demografischen Entwicklung nicht mehr leisten. Hier müsse etwas geschehen, hatte Weil bereits im Landtagswahlkampf vor zweieinhalb Jahren klargestellt: Die Teilhabe und die Bildungschancen müssten verbessert werden.

Wer früher von einem Landkreis in den anderen oder in eine der kreisfreien Städte wechseln wollte, weil es vor der Tür die bevorzugte Schulform nicht gab, konnte sich nicht sicher sein, dass die Kosten für die Beförderung übernommen werden. Das ist jetzt anders. Das neue Gesetz legt ausdrücklich fest, dass der Besuch einer Schule außerhalb des jeweiligen Kreisgebietes oder der kreisfreien Stadt bezahlt wird, sofern die Bedingungen „zumutbar“ seien.

Im Umkehrschluss sind die Schulträger – in Niedersachsen meistens die Landkreise – nicht mehr verpflichtet, alle Schulen des gegliederten Schulsystems vorzuhalten. Und wer eine Gesamtschule errichten möchte, sei dazu berechtigt, jedoch nicht verpflichtet. Kommt die Gesamtschule, müssten die Schüler gleichzeitig ein Gymnasium erreichen können. Kriterium sind auch hier die „zumutbaren Bedingungen“.

Sie werden immer dann geprüft, wenn die Eltern bei ihrem Landkreis oder der

KOSTENFRAGEN

3,9

Millionen Euro zahlt
Niedersachsen als
Ausgleichsbetrag pro Jahr.

CHRISTINA SELZER, SPRECHERIN
DER SENATORIN FÜR BILDUNG UND
WISSENSCHAFT, BREMEN

30

Prozent der Schüler Potsdams
ab Klasse 7 kommen aus den
Nachbarkreisen.

JAN BRUNZLOW, SPRECHER DER LANDES-
HAUPTSTADT POTSDAM



Das frisch sanierte Einstein-Gymnasium in Potsdam.

Stadt einen Antrag auf Übernahme der Kosten für die Beförderung ihres Nachwuchses zur Schule stellen. Auf taube Ohren stoßen sie beispielsweise dann, wenn die Tochter oder der Sohn eine Schule mit naturwissenschaftlichem Profil im Nachbarkreis statt im eigenen mit muslimischem Profil besuchen möchte. „Gymnasium bleibt Gymnasium“, sagt dazu Heike Schumacher, für Bildung zuständige Erste Kreisrätin des Landkreises Osterholz.

Anders sind die Regelungen beispielsweise in Schleswig-Holstein, wo es freie Schulwahl gibt. Die Eltern melden ihr Kind an der Schule an, die sie selbst auswählen. In Einzelfällen können räumliche Kapazitätsbegrenzungen (und nur diese) dazu führen, dass an einer Gemeinschaftsschule, die sehr begehrt ist, nicht alle Kinder angenommen werden können“, schreibt Thomas Schunck, Sprecher des Ministeriums für Schule und Berufsbildung.

Die Brandenburger halten es ähnlich. „Das Land gibt nichts vor“, sagt Jan Brunzlow, Sprecher der Landeshauptstadt Potsdam. Jeder könne ab der Sekundarschule frei wählen. Für die Schüler und Eltern ist das ein Segen, für die Schulträger kann sich dieser Umstand aber zu einem Fluch entwickeln. Sie müssen zwar Kinder und Jugendliche aus anderen Kreisen aufnehmen, doch die Kosten für die Infrastruktur bleiben bei ihnen hängen. Bestes Beispiel dafür ist die brandenburgische Landeshaupt-

stadt: Laut Brunzlow kommen rund 30 Prozent der Schüler Potsdams ab Klasse 7 aus den Nachbarkreisen. Die Rangliste der Auswärtigen führt laut Brunzlow der Landkreis Potsdam-Mittelmark an. Deshalb sprechen die Vertreter der Landeshauptstadt ihre Kollegen immer wieder auf eine Kostenbeteiligung an. „Der Landkreis Potsdam-Mittelmark soll eine Schule mitbezahlen“, sagt Brunzlow, „aber das ist ein hartes Brett zu bohren.“ Damit würde der Landkreis einen Beitrag des Potsdamer 160-Millionen-Euro-Schulprogramms übernehmen.

„Echter Glücksfall“

Von dort ist indessen das Argument zu hören, dass Berlin und Brandenburg sich doch schließlich als eine Region vermarkten. Den gleichen Tenor haben Äußerungen aus dem Bremischen und Niedersächsischen. „Dass wir die jungen Leute hier mit einem unserer wirtschaftlichen Standbeine der Luft- und Raumfahrt in Kontakt bringen können ist toll“, sagt etwa ein leitender Mitarbeiter von Airbus Industries in Bremen. Dass die Niedersachsen davon nicht in gleichen Ausmaß profitieren können wie die jungen Bremer, ist für ihn nicht nachvollziehbar. Rouven Kessenich ist da ein echter Glücksfall.



Die Gesamtschule Nettetal wurde für ihr vorbildliches Engagement und das „Basel“-Konzept als „Starke Schule“ ausgezeichnet.

Abschluss mit Aussichten

Die Gesamtschule Nettetal hat erreicht, dass fast alle Schüler nach der 10. Klasse auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen

Autorin Maicke Mackerodt



Spaß am Beraten: Hanan aus Nettetal bereitete gemeinsam mit einem Coach von „Basel“ ihre Bewerbung vor – und ergatterte eine Lehrstelle im Einzelhandel.

Basel“ (immer englisch ausgesprochen: „Bäs L“), das klingt nach Raumfahrt oder nach Basislager. Tatsächlich ist „Basel“ ein bisschen was von beidem. L steht für Learning, für Lernen. „Basel“ hilft Schülerinnen und Schülern der städtischen Gesamtschule Nettetal bei der beruflichen Orientierung auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem werden sie von Berufseinstiegsbegleitern beim Abheben in die Arbeitswelt optimal unterstützt. Die NRW-Schule wurde für ihr vorbildliches Engagement und für das „Basel“-Konzept von Bundespräsident Joachim Gauck in Berlin als „Starke Schule“ ausgezeichnet.

Die Gesamtschule Nettetal liegt idyllisch im Grünen, hat 950 Schülerinnen und Schüler, etwa 80 Lehrkräfte und kämpfte viele Jahre mit ähnlichen Problemen wie die meisten Gesamtschulen. Die Schüler wussten oft nicht, wie es beruflich weitergehen sollte, wenn sie nach der 10. Klasse die Schule verließen. „Viele Gesamtschüler werden vom Elternhaus nicht gepuscht“, weiß Roland Schiefelbein. Deshalb hat der frühere Schulleiter vor zwölf Jahren „Basel“ erfunden: „Wir haben den gleichnamigen Förderverein gegründet, damit die Schüler motiviert werden zu lernen und

ihr Leben gut meistern“, erinnert sich der Schulleiter, der seit anderthalb Jahren im Ruhestand ist.

„An diesem Projekt hängt mein Herzblut“, so Schiefelbein, der im CDU-regierten Nettetal seit über 40 Jahren SPD-Mitglied ist. Hinter dem mehrfach preisgekrönten Projekt steckt ein Gesamtpaket. „Basel“ hat erreicht, dass in den vergangenen Jahren 95 Prozent der Jugendlichen die Gesamtschule entweder mit einem Ausbildungsvertrag verließen oder mit einem konkreten Ziel ein Berufskolleg besuchten. „Wir sind in der Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wenn jemand von uns kommt, wissen die Betriebe, das passt und fluppt“, freut sich Schiefelbein.

Das Verfahren beginnt mit der Elterninformation, der Vorstellung der Coaches, es folgt die vom Verein finanzierte Potenzialanalyse; danach bewegen sich die Schüler vornehmlich in den Berufsfeldern, die ihn liegen könnten. Direkt neben der Schule gibt es einen eigenen Anbau. „Der Bau entstand ganz ohne öffentliche Mittel“, so Schiefelbein. „Weil wir keine Bibliothek hatten, haben wir Sponsorenläufe gemacht, bei örtlichen Firmen Materialspenden gesammelt. Handwerker haben Arbeitszeit gespendet und stellen seitdem

hier ihre Ausbildungsberufe vor.“ Neben der Bibliothek gibt es nun einen zweiten Raum, mit einem großen Pult und vielen Stühlen. Dort widmen sich alle Mitglieder des Netzwerkes der Berufsorientierung: Eltern, Schüler, Lehrer sowie Vertreter von Handwerk und Wirtschaft. Der Verein finanziert für die Schüler eigens vier Berufseinstiegs-Coaches (auf 450-Euro-Basis), erfahrene Menschen mit viel Geduld und noch mehr Zeit. Sie beraten die etwa 30 Schüler pro Klasse, knüpfen Kontakte zu Firmen, helfen Bewerbungen zu schreiben, trainieren Vorstellungsgespräche und nehmen an Zeugiskonferenzen teil. Sie haben einen anderen Blick auf die Schüler, erkennen Potenziale, die für die Lehrer nicht sichtbar werden.

Hanan aus Nettetal wollte eigentlich Fotografin werden. Als die 16-jährige Schülerin beim Praktikum merkte, wie viel Spaß ihr das Beraten im Elektronikverkauf machte, beschloss sie, in den Einzelhandel zu gehen. Gemeinsam mit dem Basel-Coach bereitete sie die Bewerbungsschreiben vor und entwickelte einen Plan B. Sie lernte, über ihre Stärken zu sprechen und „auf gar keinen Fall hungrig zum Vorstellungsgespräch zu gehen“. Auch Hanans Mitschüler David fand mit Hilfe seines Coachs seinen Traumberuf: Der gleichaltrige Motorradfan absolviert eine Lehre zum Einzelhandelskaufmann in einem Motorradvertrieb.

Klassenlehrer koordinieren die Kontakte zu Coaches, Firmen und Eltern. Zum Nettetaler Erfolgsprogramm gehört der Gästetag, an dem die Eltern der Schüler ihre Berufe vorstellen. Die Schüler besuchen im Gegenzug an Schnuppertagen deren Betriebe. An berufskundlichen Nachmittagen berichten ältere Auszubildende über ihren Weg. „Dafür investieren alle freie Zeit“, sagt Schulleiterin Angelika Eller-Hoffmann. „Wir sind doch für die Schüler verantwortlich.“

„Basel“ arbeitet mit einem Jahresetat von 45 000 Euro, der über Spenden, Mitgliedsbeiträge und bis 2015 noch über Fördergelder (15 000 Euro) der Arbeitsagentur Krefeld im Kreis Viersen finanziert wird. Die NRW-Landesregierung hat inzwischen das Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ etabliert. Die Folge: Obwohl Angebote wie „Basel“ viel umfassender als KAoA sind, werden sie künftig nicht mehr von der Arbeitsagentur gefördert. Auch die Stadt Nettetal steht hinter „Basel“, zumal seit diesem Jahr die Haupt- und Realschule und demnächst die Oberstufen das Angebot auch nutzen können. „Fast alle Schüler bekommen eine Lehrstelle“, freut sich Eller-Hoffmann.



Wenn jemand von uns kommt, dann wissen die Betriebe, das passt und fluppt.

Roland Schiefelbein

Kommunale Haushalts- konsolidierung

Stadtwerke- kooperationen

Droht Ihrer Stadt oder Gemeinde die Überschuldung? Wir beraten in allen Bereichen der kommunalen Haushaltskonsolidierung. Nutzt Ihre Kommune die Vorteile des steuerlichen Querverbands? WIBERA organisiert die Gründung und Kooperationen von Stadtwerken. Seit über 80 Jahren sind wir Partner der Öffentlichen Hand. Sie finden unsere Expertenteams dort, wo Sie sie brauchen: an bundesweit 29 Standorten.

Was kann ich für Sie tun?

Dr. Sven-Joachim Otto, Tel.: +49 211 981-2739, sven-joachim.otto@de.pwc.com



Eine Schule ohne Schüler

70 Lehrer des Landesförderzentrums Sehen in Schleswig-Holstein unterstützen blinde und sehbehinderte Kinder

Autorin Susanne Dohrn

Als erstes merkte die Klassenlehrerin in der Grundschule, dass etwas nicht stimmt. Dimitrij's anfangs gute Handschrift wurde immer schlechter. Er ging häufiger zur Tafel, um zu lesen, was dort stand. Seine Lehrerin reagierte: Kопierte seine Arbeitsblätter mit größerer Schrift, setzte ihn in die erste Reihe. Dimitrij's Großmutter schenkte ihm eine Lupe. Aber bald war klar: Das reicht nicht.

Dimitrij's Schule in Norderstedt wandte sich an das Landesförderzentrum Sehen (LFS) in Schleswig. Es berät und unterstützt seit 1983 blinde und sehbehinderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, ihre Eltern, die Schulen und Betreuer im Kindergarten: Wo finde ich den richtigen Augenarzt, den richtigen Optiker, welche Hilfsmittel sind geeignet für das jeweilige Kind? Die Mitarbeiter des LFS helfen beim Formulieren der Anträge an die Krankenkassen, die die Kosten für die Hilfsmittel übernehmen, zum Beispiel das Bildschirmlesegerät, dessen Kamera Dimitrij auf die Tafel oder Arbeitsblätter richten und das zum Beispiel seine Matheaufgaben entsprechend vergrößern kann.

„

Im Mittelpunkt der Arbeit unserer Pädagogen steht, was braucht der junge Mensch jetzt in diesem Moment.

Josef Adrian, Leiter des LFS

In die Technik eingewiesen und betreut wird er von Maren Balschat. Die Sonderpädagogin gehört zu den rund 70 Lehrkräften des LFS, die knapp 1000 Kinder und Jugendliche mit Sehbehinderung oder Blindheit in ganz Schleswig-Holstein betreuen. Das Konzept ist einzigartig, denn das LFS ist eine Schule ohne Schüler. Während in anderen Bundesländern ein Teil der Kinder und Jugendlichen mit Sehschädigung zentral im Internat betreut wird, geschieht das in Schleswig-Holstein ausschließlich dezentral, in den Schulen am Wohnort, so dass die Kinder in ihrem Umfeld bleiben können.

Preisgekröntes Konzept

Für diese vorbildliche Arbeit wurde das LFS jetzt mit dem Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen geehrt. Mit der Auszeichnung prämiieren die Bertelsmann Stiftung, die Behindertenbeauftragte des Bundes und die deutsche UNESCO-Kommission Schulen, die sich für das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Schüler einsetzen. Ohnehin steht Schleswig-Holstein beim Thema Inklusion in Deutschland an vorderster

Stelle. Mit einer Quote von 64,1 Prozent liegt Schleswig-Holstein hinter Bremen auf Rang zwei.

„Im Mittelpunkt für die Arbeit unserer Pädagogen steht, was braucht der junge Mensch jetzt in diesem Moment“, erklärt der Leiter des LFS Josef Adrian das Konzept. Als Dimitrij und seine Klasse beispielsweise gemeinsam ein Kinderbuch lasen, erhielt Dimitrij ein Exemplar mit extra-großer Schrift. Das Medienzentrum des LFS hatte es speziell für ihn vorbereitet. Das Ziel ist, so Adrian: „So viel Selbstständigkeit wie möglich.“

Dazu gehört auch die Sensibilisierung der Mitschülerinnen und Mitschüler. Wenn Maren Balschat Simulationsbrillen in den Unterricht mitbringt, erleben die Kinder, wie es ist, so wenig zu sehen wie Dimitrij, und verstehen besser, warum er für manche Aufgaben länger braucht. Maren Balschat betreut Dimitrij auch zu Hause. Alle zwei bis drei Wochen arbeitet sie mit ihm am Computer. Das Ziel: Möglichst wenig mit der Maus arbeiten und stattdessen viele Kurzbefehle lernen. Den Computer müssen die Eltern selbst bezahlen, weil ein Computer inzwischen selbstverständlich ist, aber die Vergrößerungssoftware, die der Junge benötigt, zahlt wiederum die Kasse.

Bahnfahren, Kochen, Kanutour

Maren Balschat gehört zu einem von fünf Teams des Landesförderzentrums Sehen: Früh- und Elementarbereich, Sehbehinderung, Mehrfachbeeinträchtigung, Blindheit und berufliche Bildung. Sie helfen blinden Kindern, allein den Schulweg zu bewältigen, beim Übergang in eine Ausbildung oder ein Studium und geben den Eltern eine Einführung in die Blindenschrift. Bis zu 40 Kinder betreut eine Lehrkraft. Das klingt viel, ist es aber nicht. „Nicht jedes Kind, jeder Jugendliche braucht zum gleichen Zeitpunkt gleichviel Unterstützung“, so Josef Adrian.

Und noch etwas bietet das LFS. Mehrmals im Jahr können die Kinder und Jugendlichen Kurse des Förderzentrums besuchen, in denen sie mit Gleichaltrigen in vertrauensvoller Atmosphäre in einem geschützten Raum lebenspraktische Fertigkeiten erwerben. Weil sie nicht Autofahren werden, lernen sie zum Beispiel, mit Bussen oder Bahnen unterwegs zu sein. Sie lernen auch kochen, denn der Mutter über die Schulter schauen funktioniert bei ihnen nicht. Oder sie machen Ausflüge mit dem Kanu oder einen Skikurs.



Maren Balschat und Dimitrij mit dem Bildschirmlesegerät: Dimitrij kann es auf die Tafel oder seine Arbeitsblätter richten.

Weitere Informationen lfs-schleswig.de



Mannheim möchte einen besonderen Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund richten.

Integration aktiv gestalten

Mannheims Verwaltung will mehr Bildungsgerechtigkeit für Zugewanderte erreichen – Rat stimmt Entwicklungsplan zu

Autor Harald Sawatzki

Das Ziel ist hochgesteckt und ehrgeizig: Mannheim möchte mittelfristig nicht nur von Fachleuten, sondern auch von den Betroffenen als „Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland“ wahrgenommen werden. Diesen Anspruch formulierte die Verwaltung jüngst in einem Strategiepapier mit dem Titel „Entwicklungsplan Bildung und Integration“. Mit diesem 100 Seiten starken Plan möchte Bildungsdezernentin Ulrike Freundlieb (SPD) „bildungspolitisches Handeln langfristig und strategisch auf einer datengestützten Basis“ ermöglichen. Das kommunale Bildungssystem soll sich Schritt für Schritt interkulturell öffnen, allen gleiche Bildungschancen bieten.

Es ist ein Leitfaden zum Thema „interkulturelle Bildung“ entstanden, der nach Einschätzung von Experten in Deutschland seinesgleichen sucht. Dafür hat Mannheim das gesamte Angebot in diesem Bereich geprüft und auf 50 Ziele und 100 Kennzahlen hin ausgerichtet. Freundlieb betont, dass im Entwicklungsplan, der unter anderem auf vorangegangenen kommunalen Bildungsberichten fußt, „die Perspektive geschärft

und der besondere Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gerichtet“ wird. Aus gutem Grund: Statistiker prognostizieren für 2030 sinkende Zahlen junger Einwohner in Mannheim. Doch das mit einer Ausnahme: Der Anteil junger Menschen aus Migrantenfamilien wird steigen. Da heißt es: frühzeitig gegensteuern. Nachdem der Gemeinderat mit breiter Mehrheit einem SPD-Antrag zur Erarbeitung des Entwicklungsplanes zugestimmt hatte, kam das Projekt ins Rollen.

Pilotprojekt Bilinguale Kita

Wertvolle Anregungen lieferte die Bremer Bildungswissenschaftlerin Prof. Yasemin Karakasoglu. Sie stützte sich dabei nach eigenen Angaben auf Bremer Erfahrungen bei der „interkulturellen Öffnung des Schulsystems“. In Mannheim ist der Tätigkeitsradius noch weiter gespannt: Kommunale Experten und Bildungspolitiker steckten in dem Entwicklungsplan drei Handlungsfelder ab, in denen die Initiative ansetzen muss, um Erfolg zu haben: Neue Ideen und Projekte sind im frühkindlichen Bereich, in den Schulen

sowie in den breit gefächerten non-formalen Lernwelten gefragt. Das reicht von der Stadtbibliothek über die Musikschule bis hin zu Jugendarbeit. Jens Hildebrandt, Referent für Grundsatzangelegenheiten im Bildungsdezernat, wird zu den ersten beiden Punkten konkreter: Im frühkindlichen Bereich schwebt den Mannheimern der Aufbau eines Pilotprojektes „Bilinguale Kita“ vor. 60 Prozent der Kinder, die besondere Sprachförderung brauchen, haben einen Migrationshintergrund. Eine solche Kindertagesstätte zur zweisprachigen Spracherziehung – angedacht ist etwa deutsch-türkisch – sollte laut Hildebrandt in Mannheims Norden in einem Stadtteil mit hohem Migrantenanteil eingerichtet werden. Gespräche mit Kita-Trägern und Leitern seien angelaufen, Entscheidungen zum Standort aber noch nicht getroffen, schränkt der Bildungsreferent ein. Eines der Probleme ist die Auswahl zweisprachiger Erzieher(innen) und kooperationswilliger und fähiger Eltern. Erklärtes Ziel der Kita: Beim Übergang zur Schule verfügen alle Kinder über ausreichende Deutschkenntnisse.

Als zweites Modellprojekt soll laut Hildebrandt ein „Integrativer Schulcampus“ auf den Weg gebracht werden. Der „Campus“ solle in einem Wohngebiet mit durchschnittlichem Migrantenanteil starten. Ins Auge gefasst habe man bereits eine Schule in Mannheims Süden. Aber ehe nicht alle Details im Stadtteil geklärt sind, will das Dezernat sich nicht öffentlich zur Auswahl festlegen. Das Besondere: Über die Schule hinaus soll auch in dem benachbarten Stadtraum die „interkulturelle Lern- und Förderkultur“ gefördert werden. Der Schulcampus wird demnach auf drei Säulen ruhen: erstens eine im Stadtteil vernetzte Bildungs- und Integrationsarbeit. Zweitens: An den Schnittstellen von Kita/Schule auf der einen und den Elternhäusern auf der anderen Seite wird die Integration durch den „Aufbau einer Kultur der Toleranz“ gestärkt. Als dritte Säule sollen Sprachförderprogramme wirkungsorientiert genutzt werden.

Zum Nulltarif ist diese Mammutaufgabe zu Bildung und Integration nicht zu haben: 300 000 Euro hat der Gemeinderat bis 2017 genehmigt. Sie sollen den Spielraum der Bildungspolitik erweitern. Um Ulrike Freundlieb zu zitieren: „Vor Ort entscheidet sich die Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Vor Ort können wir die Folgen unseres Handelns kontrollieren.“ Und Jens Hildebrandt formuliert dazu ganz knapp: „Wir wollen nicht nur verwalten – wir wollen gestalten.“

”

Vor Ort entscheidet sich die Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Ulrike Freundlieb (SPD),
Bildungsdezernentin der
Stadt Mannheim



Brigitte Kleiner vor der Kita „Pusteblume“: Handreichungen geben Aufschluss über den Entwicklungsstand der Kinder.

Jedes Kita-Kind individuell fördern

Dank der „Bildungsinitiative Barnim“ wird die Qualität der Bildung in Kitas systematisch verbessert – Vorreiter München

Autor Carl-Friedrich Höck

Brigitte Kleiner holt einen blauen Aktenordner aus dem Regal in ihrem kleinen Büro. „Praxismaterialien für Kindertagesstätten und Grundschulen“ steht auf dem Umschlag. Vorsichtig blättert sie durch die schon etwas abgegriffenen Seiten. „Man sieht, er wird oft benutzt“, sagt sie lächelnd.

Kleiner ist Leiterin der Kindertagesstätte „Pusteblume“ in Eberswalde, und der Ordner ist Teil der „Bildungsinitiative Barnim“. Der Landkreis in Brandenburg will die Qualität der Bildung in Kitas, Schulen und außerschulischen Lernorten systematisch verbessern. „Kommunales Bildungsmanagement“ nennt sich das. Die Idee: Eine zentrale, ressortübergreifende Steuerungsgruppe unterstützt die verschiedenen Bildungseinrichtungen dabei, ihre Aktivitäten besser aufeinander abzustimmen. Gemeinsam wird ausgewertet, wo Verbesserungsbedarf besteht, um passgenau reagieren zu können. Das Ziel ist mehr Bildungsgerechtigkeit: Die Zukunft eines Kindes soll nicht davon abhängen, wo es aufwächst.

Was abstrakt klingt, erläutert Kleiner an einem Beispiel. Die Kitas im Landkreis erhalten etwa einheitliche Handreichungen, die sie bei der täglichen Arbeit ein-

„**Den zusätzlichen Verwaltungsaufwand haben wir am Anfang unterschätzt.**“

Christine Strobl (SPD)



Lesen bildet – schon in der Kita.

setzen sollen. Damit können sie für jedes Kind individuell ermitteln, welche Fähigkeiten (wie Sprache, Bewegung oder soziale Kompetenzen) noch stärker gefördert werden müssen. Jedes Jahr nehmen die Kita-Mitarbeiterinnen an Fortbildungen teil. Die Bildungsinitiative stellt auch Berater für die Kitas und organisiert regelmäßige Treffen, auf denen sich die verschiedenen Akteure austauschen können.

Die Entwicklung jedes Kindes wird über Jahre dokumentiert. Wenn die Kleinen eingeschult werden, kann die Kita ihre Aufzeichnungen über besondere Talente oder Förderbedarfe an die Schule weitergeben. „Sehr hilfreich“ findet Brigitte Kleiner die Angebote. Nur ein Wermutstropfen bleibe: Die Dokumentation sei mit viel Aufwand verbunden. „Das ist so wichtig, aber die Erzieherinnen stoßen an ihre Zeitgrenzen.“

Gefördert wurde die Barnimer Bildungsinitiative bis Ende 2014 aus Bundes- und EU-Mitteln. Das Förderprogramm „Lernen vor Ort“ hat zwischen 2009 und 2014 insgesamt 35 Modellkommunen dabei unterstützt, kreative Lösungen zu entwickeln, um die Bildungsqualität zu verbessern. In diesem Jahr ist das Nachfolgeprogramm „Bildung integriert“

angelaufen. Bis Ende Oktober können sich Kommunen noch mit Konzepten für Bildungsmanagement bewerben.

Von den Erfahrungen der Modellkommunen sollen auch alle anderen Städte, Kreise und Gemeinden profitieren. Diesen Austausch zu organisieren ist die Aufgabe von neun Transferagenturen, die 2014 gegründet wurden. „Transfer bedeutet nicht, dass man ein Konzept 1:1 auf andere Kommunen überträgt“, stellt Peter Bleckmann klar, der die „Transferagenturen Großstädte“ leitet. Aber erfolgreiche Modelle könnten als Inspiration dienen. Die Agenturen beraten interessierte Kommunen kostenlos.

Ein wichtiger Baustein ist dabei oft ein sogenanntes Bildungsmonitoring, also ein datenbasierter und fortlaufender Analyseprozess. Viele Städte veröffentlichen bereits regelmäßig einen Bildungsbericht, der alle relevanten Bildungsdaten von der Kita bis zur Hochschule zusammenfasst. In welchem Viertel gibt es besonders viele Kinder mit Sprachdefiziten? Wo fehlt es an Ganztagschulen? Die Daten geben Aufschluss – und bilden die Grundlage für wirksame Gegenmaßnahmen.

Münchener Förderformel

Eine Vorreiterrolle spielt hierbei München. Als erste Großstadt hat die bayerische Metropole nicht nur einen Bildungsbericht eingeführt, sondern auch die „Münchener Förderformel“ beschlossen. Von einer „Zauberformel“ spricht die zuständige Bürgermeisterin Christine Strobl (SPD).

Der Hintergrund: Die Stadt stellt seit einigen Jahren freiwillig 50 Millionen Euro zusätzlich für Kitas zur Verfügung. „Das Geld wollten wir nicht mit der Gießkanne über die ganze Stadt verteilen, sondern gezielt hinschauen: Wo gibt es Einrichtungen, die einen besonderen Bedarf haben?“, erläutert Strobl das Prinzip. Herzstück der Formel ist der Standortfaktor: „Einrichtungen, die in Stadtvierteln mit Problemlagen situiert sind, bekommen höhere Zuschüsse“, so Strobl. Auch innovative Ideen werden finanziell belohnt. Bewerben können sich alle Kitas. Eine über mehrere Jahre laufende Studie soll untersuchen, wie wirksam die neuen Förderansätze sind. „Erste Ergebnisse zeigen eine klare positive Tendenz“, teilt das Bildungsreferat der Stadt mit. Wie die Kita-Leiterin Brigitte Kleiner erkennt auch Christine Strobl nur einen Nachteil des Kommunalen Bildungsmanagements: „Den zusätzlichen Verwaltungsaufwand haben wir am Anfang unterschätzt.“

Weitere Informationen:

www.demo-online.de/bildungsmanagement

Streit um Kitaplatz-Vergabe

Leipzig: Junge Eltern klagen erfolgreich ihre Rechte ein

Autor Harald Lachmann

Wer einen Kitaplatz sucht, braucht vielerorts Ausdauer und Geduld: Zwar ist seit dem 1. August 2013 der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gesetzlich festgeschrieben; doch mehren sich die Fälle, in denen Gerichte zugunsten von Vätern und Müttern urteilen, wenn es nicht genügend Betreuungsplätze gibt.

Beispiel Leipzig: Die Stadt ist noch nicht hinreichend gerüstet, immerhin fehlen hier laut Sozialbürgermeister Thomas Fabian (SPD) momentan 400 Kitaplätze. Zwar seien seit Jahresbeginn 1310 Plätze neu entstanden, zudem baue man derzeit an 17 Einrichtungen. Doch zum einen entspreche deren Verteilung im Stadtgebiet nicht immer dem Bedarf der Eltern und zum anderen, räumt er

ein, „hinkt gerade bei Krippen das Bau-geschehen der Geburtenrate hinterher“.

Dabei ist Leipzig gut beraten, hier nun zusätzlich Druck zu machen. Denn gleich drei bundesweit bedeutsame Urteile in Sachen Kinderbetreuung nahmen hier ihren Anfang. So erstritt sich 2014 eine alleinerziehende Leipzigerin als erste deutsche Mutter einen Betreuungsplatz für ihre dreijährige Tochter vor Gericht. Die Kammer ermöglichte es jungen Eltern somit, beim Jugendamt als „Anspruchsberechtigte“ auftreten zu können, statt weiter als Bittsteller, die man hinhalten kann.

Ein schleppender Kita-Ausbau kann auch richtig teuer werden für eine Stadt, wenn sie jene, die ihr den erhofften Bevölkerungszuwachs ermöglichen, dennoch im Regen stehen lässt. Das zeigt ein

MEHR PERSONAL

187.300

Beschäftigte waren zuletzt an kommunalen Kindertageseinrichtungen angestellt – das ist ein Plus von 6,4 Prozent innerhalb eines Jahres.

38

Wochenstunden im Durchschnitt haben Eltern von unter 3-jährigen Kindern als Betreuungszeit vereinbart.

QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT

weiterer Richterspruch des Landgerichts Leipzig vor wenigen Monaten. Es verurteilte die Messstadt, drei Elternpaaren, die nicht rechtzeitig einen Kitaplatz erhalten konnten, den entgangenen Verdienstaufschlag zu ersetzen. Insgesamt ging es um gut 15 000 Euro plus Zinsen.

Gegen das Urteil ging der Kommunale Haftpflichtversicherer (KSA) für die Stadt Leipzig in Berufung. Man sei überzeugt, keine Amtspflichten verletzt zu haben, hieß es dazu in einer Mitteilung der Stadt. Der Fall liegt nun beim Oberlandesgericht (OLG) in Dresden. Dennoch sieht der Leipziger Anwalt Klaus Füsler, der die Eltern in dem Musterprozess vertrat, nun für Betroffene in vergleichbarer Situation gute Chancen, erfolgreich zu klagen.

In einem anderen Fall, den das Bundesverwaltungsgericht 2013 entschied, ging es um die Kosten für eine private Betreuung, weil die Kommune keinen Kitaplatz bereitstellte. Eine junge Mutter bekam 2200 Euro von der Stadt Mainz erstattet. Es müssten aber einige zwingende Bedingungen erfüllt sein, stellten die Richter klar. So muss man sich rechtzeitig für einen Platz anmelden.

Anzeige

Gefördert vom



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

In Kooperation mit



Bundesministerium für Bildung und Forschung



Bundesministerium für Gesundheit

Gut versorgt und selbst bestimmt

Eine moderne Gesellschaftspolitik für Jung und Alt



10. Demografie-Kongress Best Age

8.–9. September 2015, dbb forum berlin

inkl. Verleihung des Demografiepreises der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Deutschlands wichtigste Tagung zum demografischen Wandel. Treffpunkt für Vordenker, Gestalter, Praktiker, Entscheider aus Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und Wissenschaften.

Mit Unterstützung von









Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Mut zum Schreiben

Volkshochschule Potsdam bekämpft Analphabetismus erfolgreich

Autorin Karin Billanitsch

Andrea (Name geändert) nimmt ihren ganzen Mut zusammen, als sie im März dieses Jahres zum ersten Mal das Klassenzimmer im zweiten Stock des Potsdamer Bildungsforums betritt. In dem schicken weißen Gebäude in der Innenstadt ist die Volkshochschule untergebracht. Andrea ist sehr nervös: Hier wird sie in den kommenden Monaten, vielleicht sogar Jahren, lernen, zu schreiben und längere Texte zu lesen. Die blonde zierliche junge Frau ist eine von 7,5 Millionen Menschen in Deutschland, die als „funktionale Analphabeten“ gelten. Sie können nur einzelne Wörter oder Sätze lesen und schreiben. Unter Andreas Mitschülern sind Menschen, die auf die 60 zugehen.

„Ich malte nur Bildchen“

Andrea wächst mit neun Geschwistern in der Nähe von Berlin auf, als Kleinkind kommt sie ins Heim. Schon in der Grundschule folgt sie dem Unterricht schwer, besucht später eine Förderschule. Eine Berufsausbildung zur Hauswirtschaftlerin bricht sie nach einem halben Jahr ab. Weder in der Schulzeit, noch während der Erstausbildung hat offenbar jemand gemerkt, dass sie im berufsbegleitenden Unterricht nicht mitkommt: „Ich saß die ganze Zeit nur da und malte Bildchen“, erzählt die 22-jährige zweifache Mutter. Im Jobcenter berät sie ihr Betreuer und erkennt endlich – nach vielen Jahren – ihr Problem. Von ihm erfährt sie von den Kursen der Volkshochschule.

„Seit Anfang der 90er Jahre bietet die Volkshochschule Potsdam Grundbildungsangebote an, in denen Lesen, Schreiben und Alltagsmathematik unterrichtet werden“, sagt die stellvertretende Leiterin, Susanne Herrmann. 2012 wird Potsdam – neben dem Landkreis Uelzen und Kaiserslautern – einer von drei Modell-Standorten des bundesweiten Projektes „AlphaKommunal“ vom Deutschen Volkshochschulverband. Bei „AlphaKommunal“ geht es indessen nicht allein um Kursangebote. Es wird



Grundbildung ist auch Medienkompetenz.

Susanne Herrmann,
Stellv. Leiterin VHS Potsdam



Mehr als 130 kommunale Beschäftigte haben gelernt, Analphabeten zu erkennen.

Katrin Wartenberg,
Grundbildungsbeauftragte
VHS Potsdam



Endlich angestrebt Schreiben lernen: Andrea fühlt sich wohl im Kurs der VHS Potsdam.

auch grundsätzlich erarbeitet, welche Möglichkeiten und Instrumente eine Kommune im Kampf gegen Analphabetismus einsetzen kann. Im September 2015 läuft das Projekt aus.

Katrin Wartenberg, Dozentin und lokale Projektleiterin in Potsdam nennt Schwerpunkte der Arbeit: „Über 130 kommunale Beschäftigte – die etwa in Jobcentern arbeiten – haben in Fortbildungen gelernt, Analphabeten und Analphabetinnen zu erkennen, anzusprechen und zu informieren.“ Zum Beispiel werden Dokumente nicht gebracht oder der Betroffene weigert sich, etwas zu unterschreiben. „Oft weiß der Jobcenter-Mitarbeiter nicht, woran das liegen könnte“, erläutert Wartenberg.

Auch auf konkrete Arbeitsplätze bezogene Grundbildungskurse gibt es: Für Pflegekräfte in Kliniken, Reinigungskräfte oder Hausmeister wachsen die Dokumentationspflichten, sagt Susanne Herrmann. Sie lernen, wie man mit dem PC umgeht. Herrmann: „Grundbildung ist auch Medienkompetenz.“ Die Volkshochschule Potsdam hat zudem eine Handreichung entwickelt, die sich speziell an Kommunen richtet.

20 Millionen für Grundbildung

Auch die große Koalition hat Analphabetismus den Kampf angesagt. „Es ist nach wie vor ein scham- und angstbesetztes Thema“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Marianne Schieder. Sie hat vor kurzem gemeinsam mit Xaver Jung (CDU) den Antrag „Zugang und Teilhabe ermöglichen“ in den Bundestag eingebracht. Die große Koalition fordert, eine „Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung“ zu starten. Die Fraktionen von SPD und CDU/CSU

haben bereits im aktuellen Haushalt die Mittel für den Kampf gegen funktionalen Analphabetismus auf 20 Millionen Euro erhöht. Mit dem Geld sollen bestehende Angebote weitergeführt und neue ausgebaut werden. Die Einrichtung einer nationalen Koordinierungs- und Monitoringstelle soll die Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene bündeln und Service und Beratung für die Betroffenen bieten. Marianne Schieder weist darauf hin, dass Erwachsenenbildung Sache der Länder ist – doch auch an Kommunen vor Ort appelliert sie: „Man kann auch mit niederschweligen Angeboten viel erreichen. „Die Kommunen haben den kürzesten Draht zu den Menschen“, meint Schieder, „Sie wissen, wo es brennt“.

Andreas Töchter sind im Kindergartenalter – sie möchten immer öfter, dass Mama vorliest. „Ich kann mehrere Kinderbücher mit kurzen Zeilen auswendig. Meine Tochter sitzt auf meinem Schoß und hört mir einfach zu – das ist toll. Doch sie kommen mit immer dickeren Büchern. Die möchte ich auch vorlesen können.“ Doch gerade beim Vorlesen wird Andrea nervös. Der Kurs bei Katrin Wartenberg hilft ihr, sicherer zu werden. „Früher, in der Schulklasse, wurde ich nur gemobbt. Hier sind ja Erwachsene, hier werde ich nicht ausgelacht, denn jeder hat seine Schwächen.“

Die Handreichung für Kommunen kann unter www.grundbildung.de/projekte/alphakommunal/ downloads heruntergeladen oder beim Deutschen Volkshochschul-Verband bestellt werden. Email: bordemann@dvv-vhs.de

Am 10. September findet im Bildungsforum die Veranstaltung: „Kommunen in Brandenburg – Gemeinsam für Grundbildung!“ statt. Anmeldung online unter: www.vhs-brb.de

Schlüsselfaktor Berufsschule

Eine wichtige Säule der dualen Ausbildung

Autor Rainer Spiering, MdB



Jugendliche an einem Stand für berufliche Bildung. Hier kommt den Berufsschulen eine wichtige Rolle zu.

Die hiesige Berufsausbildung ist ein weltweit anerkannter Schlüsselfaktor für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und hohe Beschäftigungsquoten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur Stärkung der beruflichen Bildung in dieser Legislaturperiode bereits viel geleistet. Herzstück der Initiativen war die Vereinbarung im Rahmen der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“, nach der mehr junge Menschen in Ausbildung gebracht werden sollen. So wurde die Wirtschaft in die Pflicht genommen, 20 000 zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten. Mit der Einführung der assistierenden Ausbildung hat der Bund unterstützende Hilfen für die Auszubildenden und die Betriebe auf den Weg gebracht. Als nächstes werden die Koalitionsfraktionen eine Reform des sogenannten „Meister-BAföGs“, beschließen mit dem Ziel, die Förderleistungen zu verbessern und auszuweiten.

Im Zusammenhang mit diesen Initiativen sollten wir unseren Blick auf ein weiteres Feld der beruflichen Bildung legen – die Rolle der Berufsschulen in Deutschland:

Sie sind mitverantwortlich für die gut ausgebildeten Fachkräfte, welche das

Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden.

Die hiesige Berufsausbildung ist ein weltweit anerkannter Schlüsselfaktor für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und hohe Beschäftigungsquoten. Es gibt knapp 9 000 Berufsschulen in Deutschland. Sie sind traditionell nach Fachrichtungen unterteilt in kaufmännisch-verwaltend, gewerblich-technisch, hauswirtschaftlich-pflegerisch, landwirtschaftlich und bergbaulich. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine Qualitätssteigerung der Berufsschulen ein und diskutiert aktuell, wie man die Ausbildung der angehenden Berufsschullehrer an den Universitäten verbessern kann.

In den überwiegenden Fällen sind die Berufsschulen in kommunaler Trägerschaft. Von ihnen hängt die Ausstattung der Schulen ab, da sie die laufenden Sachausgaben sowie die Personalausgaben des nichtlehrenden Personals finanzieren. Die Bundesländer übernehmen die Sachausgaben als Zweckzuschüsse wie auch die Personalausgaben für das lehrende Personal und anteilig die Ausbildungsförderung. Im Schnitt tragen die Länder knapp 80 Prozent der Gesamt-

ausgaben und die Kommunen etwas mehr als 20 Prozent. Für die Kommunen ist eine gut ausgestattete Berufsschule ein klarer Wettbewerbsvorteil und ein Anker für die regionale Wirtschaft.

Die Auszubildenden sollen in der Regel in der Region, in der ihr Ausbildungsbetrieb liegt, auch zur Berufsschule gehen. Dies setzt voraus, dass dort das Berufsschulangebot für alle Ausbildungsfachrichtungen angeboten werden kann. Traditionell gibt es für Splitterberufe angesichts der geringen Zahl an Auszubildenden Landes- oder sogar Bundesfachklassen. Aber auch bei stark nachgefragten Ausbildungsberufen gelingt es nicht immer, ortsnah Fachklassen für die Auszubildenden einzurichten. Dies kann die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe negativ beeinflussen und für die Auszubildenden dazu führen, dass Wohn-, Ausbildungs- und Berufsschulort weit voneinander entfernt liegen. Stichproben-Befragungen haben ergeben, dass bundesweit mehr als ein Drittel der Auszubildenden zwischen den Kreisen oder über die Landesgrenzen hinweg pendeln. Und wiederum ca. 30 Prozent besuchen nicht die Berufsschule am Ausbildungsort. Hier stehen die Länder in der Verantwortung, durch gute Ansätze wie etwa durch die Senkung der Klassenmessenzen, die Bildung von Fachklassen auf Berufsgruppenebene oder die Bildung angeordneter Fachklassen für Splitterberufe ein gutes Ausbildungsangebot auch im ländlichen Raum bereitzustellen.

Neben der regionalen Verzahnung von Ausbildungsbetrieb und Berufsschule ist von wesentlicher Bedeutung, dass die universitäre Berufsschullehrerausbildung in den Mittelpunkt der Debatte um die Zukunft der Berufsschulen gestellt wird. Dem Lehrpersonal an den Berufsschulen kommt eine zentrale Bedeutung zu. Sie vermitteln die berufsspezifische Grund- und Fachbildung und vertiefen die vorher erworbene Allgemeinbildung. Dennoch ist seit Jahren ein Abbau an Hochschullehrstellen und an Studiengängen im Bereich der Berufspädagogik zu verzeichnen. Dieser Trend muss gestoppt werden. Deshalb diskutieren wir in der SPD-Bundestagsfraktion aktuell, ob und in welcher Form das Studium der angehenden Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer durch eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern verbessert werden kann.

”

Für die Kommunen ist eine gut ausgestattete Berufsschule ein klarer Wettbewerbsvorteil.

Rainer Spiering, MdB

Preis für engagierte Akteurinnen in der Kommunalpolitik

Helene-Weber-Preis geht an sechs SPD-Politikerinnen

Mir war klar, dass ich mein Leben grundsätzlich ändern müsste.“ Als Alev Deniz vor etwa drei Jahren die Möglichkeit hatte, ein Mandat im Bezirksparlament Berlin Mitte anzunehmen, überlegte sie nicht



Alev Deniz (r.) mit Manuela Schwesig

lange und sagte zu. Vorher war sie als Quartiersmanagerin an der Schnittstelle zwischen „Politik und Gemeinwesenarbeit“ tätig. „Diese Zeit hat meine Sinne für gesellschaftliche und soziale Fragen geschärft.“ Alev Deniz ist eine von 20 Preisträgerinnen, die kürzlich in Berlin mit dem Helene-Weber-Preis ausgezeichnet worden sind. Auch die SPD-Politikerinnen Nazaan Kapan (Mannheim), Cathleen Kiefert-Demuth (Rostock), Cornelia Klisch (Erfurt), Josephine Ortleb (Saarbrücken) sowie Ye-One Rhie (Aachen) wurden für ihren Mut, in die Kommunalpolitik zu gehen, von Bundesministerin Manuela Schwesig geehrt. „Kommunalpolitik bestimmt darüber, wie lebenswert eine Stadt oder eine Gemeinde ist. Hier werden Entscheidungen getroffen – über den Bau von Kitas oder Spielplätzen, Straßen, Freibädern und öffentlichen Parks. Nur eines von zehn Rathäusern in Deutschland wird von einer Bürgermeisterin regiert. Daher brauchen wir mehr Frauen, die mitgestalten und Verantwortung in den Kommunen übernehmen wollen“, sagte Manuela Schwesig.

Sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen einzusetzen, auch für Flüchtlinge, gehört zu den Schwerpunkten von Alev Deniz. „Mit dem Wunsch, Antworten zu finden und umzusetzen, wollte ich Kommunalpolitikerin werden.“ Das ist bis heute so geblieben. KB



Standpunkt

Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Kommunen in Haushaltsnotlagen sind auf die finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder angewiesen, wenn sie noch investieren sollen. Zuletzt hat die nach dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) genannte Fratzscher-Kommission (Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“) gezeigt, wie groß der Investitionsstau ist. So heißt es in der Zusammenfassung des Endberichtes unter anderem: „Eine zentrale Schwäche in Deutschland ist die fehlende Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Da insbesondere Städte und Gemeinden mit geringer Wirtschaftskraft ihre Investitionsbudgets (...) erheblich reduziert haben, zeichnet sich gerade auf kommunaler Ebene ein zunehmender Investitionsbedarf, etwa in den Bereichen Verkehr, Bildung und soziale Infrastruktur ab. Einer der zentralen Gründe hierfür liegt in der unzureichenden Finanzausstattung vieler Kommunen.“

Länder verteilen Mittel aus dem Sondervermögen

Die Expertenkommission hat einen nationalen Investitionspakt vorgeschlagen, der eine Erhöhung der kommunalen Investitionstätigkeit mindestens in Höhe des kommunalen Substanzverzehr, der mit 15 Milliarden Euro in den letzten drei Jahren geschätzt wird, vorsieht. Soweit die Meinung der Experten. Die Bundesregierung hat durch den Einsatz von Sigmar Gabriel und der SPD im Rahmen ihrer Investitionsoffensive ein Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen konkret auf den Weg gebracht. Dafür stehen ab Juli 2015 bis 2018 dreieinhalb Milliarden Euro in einem Sondervermögen zur Verfügung. Nachdem der Bundesrat dem Gesetz am 12. Juni zugestimmt hat, müssen die Länder nun über die Fragen der Verteilung entscheiden, damit die Mittel abfließen können. Dabei sei den Kommunen geraten, sich an dieser Stelle nicht untereinander zu verkämpfen.

Strukturelle Probleme noch ungelöst

Der Impuls dieses Gesetzes sollte richtig verstanden werden: Es geht darum zu zeigen, dass die Sozialdemokraten in der Bundesregierung um die Botschaft der Fratzscher-Kommission wissen und etwas tun. Es ist aber auch festzuhalten, dass die Unterstützung der finanzschwachen Kommunen nicht die strukturellen Probleme lösen kann. Das stellt auch der Finanzausschuss des Bundesrates fest, wenn er formuliert: „Der Bundesrat sieht darüber hinaus die Notwendigkeit, dass der Bund die Lage der kommunalen Haushalte strukturell verbessert und die Finanzierung von zukunftsorientierten Investitionen durch eine auf Dauer angelegte bundeseitige Stärkung der Finanzausstattung der Kommunen ermöglicht.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Neuer Geschäftsführer der Bundes-SGK

Der Vorstand der Bundes-SGK hat am 26. Juni 2015 die Anstellung von Dr. Manfred Sternberg als neuen Geschäftsführer der Bundes-SGK durch einstimmige Wahl beschlossen. Sternberg folgt dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Alexander Götz, der die Bundes-SGK zum 15. März 2015 verlassen hat, um als Abteilungsleiter für Kommunal- und Hoheitsangelegenheiten im niedersächsischen Innenministerium zu arbeiten. Sternberg, langjähriger stellvertretender Geschäftsführer der Bundes-SGK, tritt zum 1. Juli 2015 an, wie Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK, mitteilte KB

DStGB und Landkreistag wählen neue Spitzen

Der Hauptausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) hat den Bergkamener Oberbürgermeister Roland Schäfer (SPD) zum neuen DStGB-Präsidenten gewählt. Er löst Christian Schramm (CDU) ab.

Der Deutsche Landkreistag hat mit Rolf Christiansen (SPD) einen neuen Vizepräsidenten. Die Delegierten auf der Jahrestagung im Mai bestimmten ihn zum Nachfolger von Karl-Heinz Schröter (SPD), der im November 2014 zum Innenminister von Brandenburg ernannt wurde. CFH

www.dstgb.de
www.landkreistag.de

Ude zum Ehrenmitglied des Städtetags gewählt

Der langjährige Münchener Oberbürgermeister Christian Ude ist von den Delegierten auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags im Juni einstimmig zum Ehrenmitglied des kommunalen Spitzenverbands gewählt worden. Turnusgemäß gab es einen Wechsel im Präsidium: Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) folgt als neue Präsidentin auf Ulrich Maly (SPD), der seinerseits Vizepräsident wurde. Der Hauptausschuss des Städtetags bestimmte Helmut Dedy (SPD) zum künftigen Hauptgeschäftsführer: Er wird das Amt zum 1. Juni 2016 von Stephan Articus (CDU) übernehmen. CFH

www.staedtetag.de

Seminar „Wahlsieg-Planung“ in Berlin

Am 12. September 2015 veranstaltet die Bundes-SGK das halbtägige Kompaktseminar Wahlsiegplanung im Willy-Brandt-Haus in Berlin. In dem Seminar werden Grundzüge erfolgreicher Wahlkämpfe vermittelt. Es soll einführen, motivieren und Lust auf mehr machen. Das Seminar soll die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befähigen, sich besser auf den Wahlkampf vorzubereiten, neue Modelle und Instrumente der Wahlkampfplanung kennenzulernen und die Planung und Durchführung der örtlichen Kampagne professionell vorzubereiten. Sie erhalten Ideen, Tipps und die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Interessenten/innen können sich bereits jetzt für das Kompaktseminar vormerken lassen und bekommen dann die Einladung für das Seminar zugesandt. SGK

E-Mail: info@bundes-sgk.de

Gemeinsames Papier zu TTIP



Sigmar Gabriel

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) sowie der VKU haben ein gemeinsames Positionspapier zur kommunalen Daseinsvorsorge und der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) veröffentlicht. Das teilte das Ministerium in einer Pressemitteilung mit. Es bestehe Einigkeit darin, dass die hohe Qualität der Daseinsvorsorge durch TTIP nicht gefährdet werden darf, heißt es. Die Beteiligten verständigten sich darauf, in diesem Bereich keine neuen Marktzugangsverpflichtungen einzugehen. Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards dürften nicht abgesenkt werden. KB

Positionspapier: www.bmwi.de



Der neue Präsident der Euro-SGK, Roland Schäfer (m.), zusammen mit seinen Vorgängern Claudy Lebreton (l.) und Herbert Schmalstieg (r.).

Neuer Präsident der Euro-SGK gewählt

Der Vorstand votierte in Budapest einstimmig für Roland Schäfer, den Bürgermeister von Bergkamen

Am 12. Juni 2015 hat sich der Vorstand der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Budapest satzungsgemäß neu konstituiert und den geschäftsführenden Vorstand gewählt. Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen, wurde vom Vorstand der Euro-SGK einstimmig zum neuen Präsidenten der Euro-SGK gewählt. Er tritt damit die Nachfolge des Franzosen Claudy Lebreton an, der dieses Amt seit 2009 innehatte und zum Ehrenpräsidenten der Euro-SGK ernannt wurde.

In seinem Amt als Generalsekretär wurde der belgische Europaabgeordnete und Bürgermeister von Anthisnes, Marc Tarabella, bestätigt. Christophe Rouillon, Bürgermeister von Coullaines und Vizepräsident des Verbandes der Bürgermeister Frankreichs, Kata Tüttö, Stadträtin im XII. Bezirk von Budapest, und Tom Jungen, Bürgermeister der Gemeinde Roeser und Vorsitzender des Gemeindeforums der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei, wurden zu Vizepräsidenten gewählt. Neuer Schatzmeister der Euro-SGK ist Bernhard Müller, Vorsitzender des Sozialdemokratischen GemeindevorteilerInnenverbandes Österreich.

In einer vom Vorstand der Euro-SGK verabschiedeten Resolution wird betont, dass die Kommunen bei der Sicherung



Starke und handlungsfähige Kommunen sind eine wichtige Bedingung für den sozialen Zusammenhalt in Europa.

Roland Schäfer

ung des sozialen Zusammenhalts, der aufgrund der Wirtschaftskrise in vielen europäischen Ländern stark gefährdet ist, stärker unterstützt werden müssten. Mit Blick auf die TTIP-Verhandlungen sprach sich die Euro-SGK mit Nachdruck dafür aus, die kommunale Daseinsvorsorge aus dem Abkommen auszuschließen. Sogenannte Investitionsschutzklauseln in TTIP mit außergerichtlichen und intransparenten Schiedsverfahren bei Streitigkeiten lehnt die Euro-SGK ab.

Workshop zum Thema Armut

Neben der Vorstandssitzung fand in Budapest ein Workshop der Euro-SGK zum Thema „Den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen stärken“ statt. Im Mittelpunkt dieses Erfahrungsaustausches standen die Themen „Armutsbekämpfung“ und „soziale Teilhabe“ sowie die besonderen Herausforderungen von Migration für Kommunen. Gastgeber József Tóth, Bürgermeister des XIII. Bezirks von Budapest und Vorsitzender des Verbandes der Sozialistischen Kommunalpolitiker Ungarns (BÖK), begrüßte zu dieser Veranstaltung 40 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus Ungarn und weiteren sieben europäischen Ländern. An dem Workshop wirkten neben Roland Schäfer und dem früheren Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg, unter anderem auch der spanische Parlamentsabgeordnete Ignacio Sánchez Amor sowie Prof. Balázs Krémer von der Universität Budapest mit.

Die Vorstandssitzung und der Workshop der Euro-SGK in Budapest fanden im Rahmen des Kongresses der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) statt. Die nächste Sitzung der Euro-SGK wird es im Herbst in Brüssel geben. PH

Die **Resolution** sowie weitere Informationen finden sich unter www.uskre.eu.

Mehr Informationen zum SPE-Kongress finden sich unter: www.pes.org.

Anzeige



Stadt Gladbeck

Wir erbringen Dienstleistungen für ca. 75.000 Bürgerinnen und Bürger.

Dazu brauchen wir Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt als

Kämmerer/-in und Leiter/-in des Amtes für Kommunale Finanzen

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Ausschreibungstext auf der Homepage (www.gladbeck.de) – Stichwort „Stellenausschreibungen“.



Die derzeitige Regulierung hemmt Investitionen in die Netze, warnt VKU-Präsident Ivo Gönner.

Den Verschleiß stoppen

Der Verband kommunaler Unternehmen fordert bessere Investitionsanreize für Verteilnetze

Interview mit VKU-Präsident Ivo Gönner

Report
Stadtwerke und
kommunale
Wirtschaft

Herr Gönner, vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hörte man oft Klagen über den politischen Rahmen für Verteilnetze. Warum?

Ganz einfach. Moderne und intelligente Verteilnetze sind das Rückgrat der Energiewende. Über 90 Prozent der erneuerbaren Energien sind an diese Netzebene angeschlossen und speisen dort ein. Stadtwerke und kommunale Verteilernetzbetreiber sind in Deutschland für den Betrieb von rund 650 000 Kilometern Verteilnetz verantwortlich. Sie haben damit einen entscheidenden Anteil daran, dass Deutschland mit die geringsten Ausfallraten in Europa hat. Doch die Netze werden verstärkt auf Verschleiß gefahren, weil notwendige Investitionen nicht getätigt werden. Das liegt an einer Regulierung, die Investitionen hemmt. Der VKU setzt sich dafür ein, dass sich das ändert. Jedoch gab es in den vergangenen Monaten wenige erfreuliche Signale.

Warum benötigen wir die Signale?

Die Herausforderungen für diese Netzebene liegen nicht nur in der Einbindung der erneuerbaren Energien, sondern auch in der grundlegenden Umgestaltung der Netzinfrastruktur. Die Netze sollen smarter werden, weil die Verteilnetzbetreiber in Zukunft verstärkt Aufgaben zur Systemstabilität oder einer verbesserten Spannungshaltung in „Echtzeit“ übernehmen. Um das hohe Maß an Versorgungssicherheit aufrecht zu erhalten, muss zudem eine zunehmend heterogene Anlagenlandschaft aus Speichern, steuerbaren Lasten und Erzeugungsanlagen eingebunden werden. Auch Verbrauch und Erzeugung müssen aufeinander abgestimmt werden. Dazu ist der Aus- und Umbau zu intelligenten Verteilnetzen notwendig.

Was sollte das zuständige Wirtschaftsministerium tun?

Das Ministerium hat Eckpunkte zu einer

Novelle der Anreizregulierung vorgelegt. Leider werden diese den Herausforderungen in keiner Weise gerecht. Zum einen reichen die Investitionsanreize nicht aus. Zum anderen würden sich durch die beabsichtigten Verschärfungen sowohl im vereinfachten Verfahren als auch im Regelverfahren die Rahmenbedingungen für die Verteilernetzbetreiber zusätzlich verschlechtern. Es liegt dagegen ein sehr vernünftiges und volkswirtschaftlich sachgerechtes Modell der Landesregulierer vor, um diesen Missstand zu beheben. Die Landesminister sollten sich bei den anstehenden Gesprächen für ihr Modell stark machen und das Bundesenergieministerium seine Eckpunkte deutlich überarbeiten. Gemeinsam mit uns fordern dies ganz aktuell rund 500 Verteilnetzbetreiber. Das ist ein starkes Signal!

Was tun Stadtwerke, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht?

Sie investieren in erneuerbare Energien, sind zentrale Akteure der Weiterentwicklung von Verteilnetzen, bieten Energieberatungen an und genießen ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Letzteres ist in Zeiten hoher Widerstände gegen Infrastrukturvorhaben von großer Bedeutung. Zudem haben viele Stadtwerke in hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) investiert, die neben Strom auch Wärme für Heizung und Warmwasser klimafreundlich produzieren. Dadurch konnten sie allein 2011 rund zehn Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Aber gerade in diesem wichtigen Bereich reichen die politischen Rahmenbedingungen nicht aus, um den Ausbau und sogar den Betrieb von KWK-Anlagen aufrecht zu erhalten. Die brauchen wir aber für den Klimaschutz und für die Versorgungssicherheit.

Was fordern Sie konkret?

Es ist dringend notwendig, eine Bestandsförderung für alle Anlagen der öffentlichen Versorgung einzuführen und die Fördersätze anzuheben. Nicht nur bei der Gas-, sondern auch bei der Steinkohle-KWK sehen wir einen – wenn auch geringeren – Förderbedarf im Bestand. Gleiches gilt für den Bereich von Neubau und Modernisierung, wo die bisher vorgesehenen Fördersätze nicht ausreichen. Weiter fordern wir, dass zielgerichtet kleinere KWK-Anlagen gefördert werden müssen, da es hier zum Beispiel im Wohnungsbereich oder bei Schulen erhebliche KWK-Ausbaupotenziale gibt. Handlungsbedarf sehen übrigens auch die Länder. Der Bundesrat hat die Bundesregierung Anfang Mai aufgefordert, unverzüglich eine Novelle des KWK-Gesetzes vorzule-

gen, um hocheffiziente Bestandsanlagen zu sichern sowie Planungs- und Investitionssicherheit für Neubau und Modernisierung zu schaffen. KWK ist Klimaschutz!

Nach einer VKU-Studie blickten Anfang 2015 61 Prozent der befragten Kommunalversorger pessimistisch in die Zukunft. Wo liegen die Gründe?

Der energiepolitische Rahmen ist noch nicht an die Ziele der Energiewende angepasst, was zu massiven Verzerrungen im Markt führt. Besonders schwierig ist es im Bereich der konventionellen Erzeugung. Hier gehen die Investitionen zurück und es werden sogar hochmoderne Kraftwerke stillgelegt. Das ist fatal und aus unserer Sicht nur lösbar, wenn man die Versorgungssicherheit angemessen bepreist und dafür einen Markt schafft. Wir brauchen einen Strommarkt, der dies berücksichtigt. Im Ergebnis brauchen wir einen wettbewerblich ausgestalteten Leistungsmarkt.

Wo sehen Sie Geschäftsmodelle und Umsatzpotenziale für Stadtwerke?

Neben dem schon sehr aktiven Wettbe-

werb in Deutschland kommen auf die Energieversorger weitere Herausforderungen zu. Zum einen entwickeln sich immer mehr Verbraucher zu sogenannten Prosumern, also Produzenten und Konsumenten in einem. Zum anderen kommen auch immer mehr „fremde“ Marktteilnehmer oder neue Marktrollen hinzu, wie die Wohnungswirtschaft mit Mieterstromangeboten. Dieser ständige Wandel birgt weitere Herausforderungen für die Stadtwerke. Seit einiger Zeit zeichnet sich daher ein Trend weg vom Waren- und hin zum Dienstleistungsmarkt ab. Gerade Stadtwerke haben durch ihre Regionalität und ihre guten Verbindungen zu den Kunden vor Ort aber eine gute Ausgangsposition.

Wie können sich Stadtwerke in diesem Markt positionieren?

Die Energiewirtschaft wird digitaler und smarter werden. Dem werden sich die Stadtwerke nicht entziehen können. Neben Energie- und Effizienzdienstleistungen wird das Stadtwerk als „Energienanager“ für Prosumer tätig sein. Darüber hinaus bietet die Vor-Ort-Vermarktung von erneuerbarem Strom ein Geschäfts-



Der energiepolitische Rahmen ist noch nicht an die Ziele der Energiewende angepasst.

Ivo Gönner, VKU-Präsident

feld, für das Stadtwerke aufgrund ihrer lokalen Einbettung und ihrer energiewirtschaftlichen Expertise prädestiniert sind.

Neben dem Ausbau bestehender Produkte wie etwa dem Contracting, dem Anlagemanagement oder innovativen Beleuchtungskonzepten bietet der Effizienzmarkt interessante Weiterentwicklungsmöglichkeiten auch für kommunale Energieversorgungsunternehmen, etwa die Durchführung von Energieaudits nach dem Energiedienstleistungsgesetz. Die Energieaudits können zum Beispiel auch im Rahmen von Energieeffizienz-Netzwerken durchgeführt werden. Auch die Vernetzung durch „Smart Home“ wird eine wichtige Rolle spielen. Hier steht nicht vordringlich die Steigerung der Energieeffizienz im Fokus des Kunden, sondern der Gewinn an Komfort und Sicherheit, wie die Steuerung der Beleuchtung über Smartphones, Heizungsregelung von unterwegs, Einbruchswarnung über Tür- und Fensterkontakte oder Bewegungsmelder. Bei all diesen Angeboten müssen die Stadtwerke ihre Kundennähe und ihre hohen Vertrauenswerte auch vertrieblich nutzen.

FOTO: STADT ULM

Anzeige

7 BRANCHEN ÜBERGREIFENDER KWK-KONGRESS DES B.KWK



Bundesverband
Kraft-Wärme-Kopplung e.V.

WÄRMEWENDE MIT KWK –

Technik und Dienstleistung für Flexibilität und Effizienz im neuen Energiemarktdesign

13./14. Oktober 2015, Berlin

Die Energiewende hin zu dezentraler regenerativer Strom- und Wärmeerzeugung ist verbunden mit dem nicht regelbaren Angebot an Strom aus Wind- und Sonnenenergie. Sie muss mit einem Ausbau flexibler Erzeugungskapazitäten mit höchster Umwelt- und Energieeffizienz – nämlich KWK-Anlagen – einhergehen, die die witterungsbedingten Schwankungen der Energieerzeugung aus Wind und Sonne ausgleichen. Mit der Novelle des KWK-Gesetzes werden die Weichen für den zukünftigen Platz der KWK im Energiemarktdesign gestellt.

Der dezentralen Versorgung und den intelligenten Netzen gehört die Zukunft. Das enorme Potenzial für KWK – gerade im Wärmemarkt – ist in Deutschland erst im Ansatz erschlossen.

Neben Entscheidern aus Politik und Wirtschaft diskutieren mit uns der Parlamentarische Staatssekretär Uwe Beckmeyer und die KWK-Beauftragten der Bundestagsfraktionen. Abgerundet wird das Programm durch interessante Fachvorträge aus Wissenschaft und Praxis.

Seien Sie mit dabei – mehr Informationen auf bkwk.de

Vielen Stadtwerken fehlt Kapital für Investitionen

Sie sollten ihre Finanzierung auf breitere Basis stellen

Autor Dr. Sven-Joachim Otto, PwC Legal

Die Energiewende bietet Stadtwerken jede Menge Chancen für die Zukunft. Allerdings kann ein Großteil der Unternehmen die Mittel für nötige Investitionen nicht aus eigener Kraft aufbringen. Daher nutzen sie vermehrt Fremdfinanzierungen in Form von Krediten. Doch die Auflagen der Banken werden immer strenger. Daher tun Energieversorger gut daran, ihre Finanzierung breiter aufzustellen.

Mit der Energiewende ändert sich das Geschäftsmodell für viele Stadtwerke: Waren sie bislang vor allem Erzeuger von Energie, werden sie nun zum Energie-Dienstleister. Kunden, die bislang ausschließlich Strom konsumierten, werden jetzt selbst zu Produzenten. Intelligente Netze und Messgeräte bieten neue Chancen gerade auch für Stadtwerke. Doch um die Chancen der Energiewende zu nutzen, müssen die Unternehmen kräftig investieren. Nur so können sie Produkte und Dienstleistungen entwickeln, mit denen sie auch in Zukunft auf dem Markt bestehen können.

Das Umfeld für die Stadtwerke ist schwierig: Das ist auch an den sinkenden Gewinnen der Stadtwerke in den vergangenen Jahren erkennbar. Immerhin hat sich dieser Abwärtstrend inzwischen etwas abgeschwächt. Der Gewinn vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern ist im Verhältnis zum Umsatz im Schnitt von 12,8 Prozent im Jahr 2012 auf 13 Prozent im Jahr 2013 gestiegen, wie die Studie „Finanzwirtschaftliche Herausforderungen der Energie- und Versorgungsunternehmen“ zeigt. Für die Studie hat PwC die Jahresabschlüsse von 233 Energieversorgungsunternehmen untersucht, darunter vor allem Stadtwerke.

Jedes fünfte Unternehmen ist zu hoch verschuldet

Doch nicht alle Stadtwerke können die Chancen der Energiewende voll ausschöpfen. Ihnen fehlt das entsprechende Kapital für die dringend notwendigen Investitionen. Zwar ist die Branche insgesamt gut aufgestellt, doch gilt das nicht in jedem Fall. So hat bei jedem

fünften Energieversorger der dynamische Verschuldungsgrad eine kritische Grenze überschritten. Er gibt an, in wie vielen Jahren ein Unternehmen seine Schulden zurückbezahlen kann, und ist damit eine zentrale Größe bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit.

Der dynamische Verschuldungsgrad bei Energieversorgern lag 2013 im Schnitt bei 2,2 Jahren, 2012 waren es noch 2,3 Jahre. Ein Fünftel der Unternehmen liegt jedoch über dem kritischen Wert von vier Jahren. Auch beim Zinsdeckungsgrad, der anzeigt, wie stark ein Unternehmen seine laufenden Finanzierungskosten durch Erträge decken kann, liegt ein Fünftel unterhalb des Zielwerts von fünf.

Mit schlechten Zahlen wird es schwer, Kredite zu erhalten

Negative Finanzkennzahlen verschlechtern die Bilanzstrukturen mit der Konsequenz, dass externe Kapitalgeber die



Kommunen sollten ihre Ausschüttungspolitik überdenken. Nur dann bleibt Stadtwerken eine Chance, sich nachhaltig aufzustellen.

Dr. Sven-Joachim Otto

Bonität kritischer bewerten. Dadurch bekommen viele Unternehmen Schwierigkeiten, sich auf dem Kredit- und Kapitalmarkt zu finanzieren.

Aber auch insgesamt nimmt die Finanzierungskraft der deutschen Energie- und Versorgungsunternehmen ab: Sechs von zehn Unternehmen können Investitionen nicht aus den laufenden Einnahmen finanzieren. Sie sind daher verstärkt auf Kredite von Banken angewiesen. Der Anteil an Krediten, den die Stadtwerke in Anspruch nehmen müssen, ist deswegen gestiegen.

Höhere Ausschüttungen verringern die Innovationsfähigkeit

Ein Grund für den finanziellen Engpass vieler Stadtwerke sind die hohen Ausschüttungen, zu denen sie verpflichtet sind: Stadtwerke zahlten 2013 im Schnitt 92 Prozent ihrer Gewinne an Anteilseigner aus. Das ist ein Plus von vier Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Dieses Kapital fehlt ihnen aber für dringend nötige Innovationen. Kommunen sollten vor diesem Hintergrund ihre Ausschüttungspolitik überdenken. Nur dann bleibt Stadtwerken eine Chance, sich nachhaltig für die Zukunft aufzustellen.

Banken bei der Kreditvergabe weniger großzügig

Auch von Seiten der Banken wird der Druck auf die Stadtwerke größer. Denn aufgrund der regulatorischen Auflagen von Basel III müssen Unternehmen gerade für mittel- und langfristige Kredite mehr Eigenkapital vorhalten. Die Anforderungen der Kapitalgeber steigen, der Spielraum für Banken bei der Kreditvergabe sinkt. Stadtwerke müssen in diesem Umfeld ihre Geschäftsmodelle neu überdenken. Dabei sollten sie die Finanzierung nicht auf ein einzelnes Projekt, sondern den gesamten Kapitalbedarf ausrichten.

Der Bankkredit ist aber nicht die einzige Option: Auch für Stadtwerke kommen Schuldscheindarlehen, Forderungsfinanzierungen oder Beteiligungen in Frage, um sich Kapital zu beschaffen. Es kommt entscheidend darauf an, in der Finanzierung neue Wege zu gehen und sich breiter aufzustellen.

Weitere Informationen Die PwC-Studie „Finanzwirtschaftliche Herausforderungen der Energie- und Versorgungsunternehmen“ finden Sie hier:

<http://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/kommunen-muessen-ausschuettungspolitik-ueberdenken.jhtml>



Um die Chancen der Energiewende zu nutzen, müssen die Stadtwerke investieren. Aber wie kommen sie an das nötige Kleingeld?

„Um **EFFIZIENZ** muss ich mich nicht kümmern.“

DAFÜR GIBT'S **SYSTEMLÖSUNGEN** VOM PROFI

Nutzen auch Sie das breit gefächerte Know-how eines erfahrenen Ver- und Entsorgers, um Technik und Prozesse effizienter zu gestalten – verpackt in praxiserprobte Dienstleistungspakete für zentrale Aufgaben in den Bereichen Wasser, Abwasser, Energie und Kaufmännische Services. Sie erhalten alle Leistungen aus einer Hand, abgestimmt auf Ihren individuellen Bedarf. Nähere Infos & Kontakt unter www.gelsenwasser-plus.de

GELSENWASSER 



Die Remondis Aqua verstärkt ihre Aktivitäten auf dem polnischen Markt. Im Bild das Wasserwerk Kobylniki.

Gemeinsame Wasserwirtschaft

Partnerschaften mit privaten Unternehmen können in Zeiten leerer Kassen erfolgreich funktionieren – zwei Beispiele aus Polen zeigen, wie Investitionen erfolgreich wirken

Autor Till Rasch

Die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, die Entsorgung und Aufbereitung von Abwasser – das ist eigentlich eine ureigenste Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Doch in Zeiten leerer Kassen ist es für viele Kommunen schwierig geworden, die Mittel aufzubringen, um stetig in die Infrastruktur zu investieren und die Qualität der Versorgung zu sichern. Eine Lösung des Problems – und des Investitionsstaus – sind Partnerschaften mit privaten Unternehmen.

Diese öffentlich-privaten Partnerschaften sind nicht unumstritten, ob in der Bauindustrie oder der Wasserwirtschaft. Dennoch gibt es erfolgreich funktionierende Partnerschaften – nicht nur in Deutschland. Zwei aktuelle Beispiele aus Polen zeigen, dass durch privates Kapital Investitionen möglich werden –

WASSER

520.000

Kubikmeter Trinkwasser werden in Trzemeszno über drei Wasserwerke zur Verfügung gestellt.

200

Kilometer Wasser- und Abwassernetze müssen in Wyszogrod instandgehalten werden.

QUELLE: REMONDIS AQUA

und sich zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger auswirken.

Trzemeszno, eine Stadt- und Landgemeinde westlich der polnischen Hauptstadt Warschau: Neben der Stadt selbst gehören 40 Ortschaften zu der Gemeinde. Bis zum letzten Sommer wurde die Wasser- und Kreislaufwirtschaft des gesamten Gebiets von einer reinen Kommunalgesellschaft betreut. Im Juni 2014 erwarb Remondis Aqua 40 Prozent der Anteile des kommunalen Unternehmens. Kommune und Unternehmen führen die Wasser- und Abwasserwirtschaft nun gemeinsam. 15 000 Einwohner werden versorgt. Jedes Jahr werden 520 000 Kubikmeter Trinkwasser über drei Wasserwerke für die Verbraucher bereitgestellt.

In der Kläranlage von Trzemeszno werden jährlich 280 000 Kubikmeter Abwasser aufbereitet. Hinzu kommen Kreis-

laufwirtschaft, Straßenreinigung und Winterdienst. Die teilprivatisierte Gesellschaft soll aber nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern auch auf Nachhaltigkeit achten und dringend nötige Investitionen in sämtliche Infrastrukturen voranbringen. Um die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen, wurde der Kauf der Anteile über eine Eigenkapitalerhöhung vollzogen. So bleibt das Kapital in der Gesellschaft und steht für die Modernisierung der Wassernetze und der Kläranlage zur Verfügung.

Darüber hinaus investieren die neuen Partner in die Erneuerung der Fahrzeugflotte, den Umbau des Verwaltungsgebäudes und den Bau eines Kundenzentrums. Für die 53 Mitarbeiter des Unternehmens stehen ein umfassendes Weiterbildungsprogramm und Initiativen zur Förderung der Arbeitssicherheit an.

Einstieg in Wyszogrod

Auch in einem weiteren Fall geht es darum, in dringend nötige Verbesserungen zu investieren: Am 1. Januar 2015 hat die Remondis-Aqua-Gruppe für die Stadt- und Landgemeinde Wyszogrod – ebenfalls westlich von Warschau gelegen – einen Minderheitsanteil von 40 Prozent erworben. Wie in Trzemeszno wird der Betrieb nun gemeinsam mit den kommunalen Partnern geführt. Über drei Wasserwerke wird Trinkwasser für mehr als 6000 Einwohner bereitgestellt. Wyszogrod liegt an der Weichsel. Hier ist es von großer Bedeutung, das Abwasser zu reinigen, bevor es in die Weichsel abgeleitet wird. 80 000 Kubikmeter Abwasser werden jedes Jahr in der Kläranlage Wyszogrod gereinigt. Die Optimierung und Automatisierung der örtlichen Kläranlage ist eines der Vorhaben, das die Betreiber nun gemeinsam umsetzen wollen. Das soll auch dazu beitragen, die Wasserqualität der Weichsel zu verbessern. Darüber hinaus gilt es, 200 Kilometer Wasser- und Abwassernetze instand zu halten und zu erweitern.

www.remondis-aktuell.de

IMPRESSUM

Network Media GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@nwmd.de

Projektleitung/Anzeigen: Henning Witzel,
Tel. (030) 740 73 16-36

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf)

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1, 10178 Berlin,
Tel. (030) 283 06-200

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG,
Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Qualität, die funktioniert

Der Beteiligungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt wurde mehrfach ausgezeichnet

Autor Benjamin Wesp, HEAG



Aktives Beteiligungsmanagement heißt, immer in Bewegung zu bleiben: Die HEAG-Vorstände Dr. Markus Hoschek und Prof. Dr. Klaus-Michael Ahrend

Die nachvollziehbare und transparente Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung kommunaler Unternehmen ist ein wesentlicher Informationsfaktor für die politischen Entscheider, aber auch für Bürgerinnen und Bürger. In Darmstadt erfüllt die HEAG Holding AG – Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG) diese Aufgabe, indem sie im Auftrag der Stadt unter anderem den Beteiligungsbericht erstellt.

„Wir verstehen uns als Multidienstleister, der alle Anforderungen eines modernen Beteiligungsmanagements abdeckt“, erklären Prof. Dr. Klaus-Michael Ahrend und Dr. Markus Hoschek, Vorstände der HEAG. Als Beteiligungsmanagement erbringt die HEAG Leistungen in drei wesentlichen Produktfeldern: Steuerung, Transparenz und Querschnittsfunktionen. Produkte sind zum Beispiel die Aufgabe als interne Personal- und Unternehmensberatung der Stadt (Steuerung), die Erstellung des Beteiligungsberichts und die Mandatsträgervorbereitungen (Transparenz) sowie Wissensmanagement und Shared Services (Querschnittsfunktion).

Bei der Erstellung des Beteiligungsberichts für die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat die HEAG einen hohen Quali-

tätsstandard etabliert. Dieser wurde in mehreren wissenschaftlichen Studien bereits als bester deutschsprachiger Beteiligungsbericht ausgezeichnet, zuletzt durch eine Studie der Universität Leipzig. Ulf Papenfuß, Autor der Studie und Professor für Public Management, unterstreicht die große Bedeutung von Beteiligungsberichten, wenn er sagt: „Es fehlt vielerorts innerhalb und außerhalb der EU an Transparenz über die Vermögens- und Ertragslage, die Aufgabenerfüllung und die Corporate Governance der öffentlichen Unternehmen.“ Er empfiehlt den europäischen Kommunen, sich bei der Umsetzung ihrer Beteiligungsberichte am deutschen und hier besonders am Darmstädter Modell zu orientieren.

Wichtige Entscheidungshilfe

Der Darmstädter Beteiligungsbericht fasst alle relevanten Informationen zu den wirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt transparent zusammen und ermöglicht es der Öffentlichkeit, sich über die Aufgabenerfüllung der Kommune zu informieren. Mit den Informationen zu der Vermögenssubstanz der kommunalen Unternehmen und den Zusammenhängen innerhalb der Stadtwirtschaft ist der Bericht auch eine wichtige Entschei-

dungshilfe für die Stadtverordneten und stellt eine wertvolle Basis zur Analyse von Handlungsoptionen für die öffentliche Hand dar. „Der Beteiligungsbericht ist ein wichtiges Element des Darmstädter Beteiligungsmanagements. Er veranschaulicht zahlreiche relevante Kennzahlen und erleichtert uns damit die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele wie auch der Nachhaltigkeitsziele“, betonen Ahrend und Hoschek. „Alle diese Informationen sind wichtig, um die Zukunft einer Stadt ganzheitlich und wirkungsorientiert gestalten zu können.“

Um die Nutzbarkeit und die Verständlichkeit für Bürgerinnen und Bürger sowie für die politischen Entscheider zu erhöhen, entwickelt die HEAG den Beteiligungsbericht stetig weiter. So steht der Bericht zum Beispiel inzwischen auch als App zur Verfügung und die wichtigsten Informationen zur Stadtwirtschaft sind übersichtlich auf einer Seite zusammengefasst.



Diese Informationen sind wichtig, um die Zukunft einer Stadt ganzheitlich gestalten zu können.

Dr. Hoschek und Prof. Dr. Ahrend

Mehr Informationen zum Beteiligungsbericht unter www.heag.de

Anzeige

in.power

Energiedaten-Management

Gerne unterstützen wir Sie in folgenden Bereichen:

- Direktvermarktung
- Forschung und Entwicklung
- Consulting

- Virtuelles Kraftwerk
- Fernsteuerbarkeit
- Regelenergie

- Smart Metering
- Messstellenbetrieb und Messdienstleistung
- Energiedatenportal

- Regionale Ökostromprodukte
- Bilanzkreismanagement
- Portfoliomanagement
- Energiebeschaffung

www.inpower.de kontakt@inpower.de
in.power GmbH | An der Fahrt 5 | 55124 Mainz
telefon +49 6131 696 57-0 | telefax +49 6131 696 57-29

Unendliche Chancen

Beim Breitbandausbau im ländlichen Raum gibt es viel zu tun – Nachdenken über neue Geschäftsmodelle lohnt sich

Autor Ulf Buschmann

Wer nach Deutschland kommt, fällt zurück in eine graue Vergangenheit. Es ist eine Zeit, die schon fast kein Mensch mehr kennt. So freundlich und etwas ironisch umschreiben es die Dänen, wenn sie die Grenze überschreiten und im Internet surfen möchten. Im Gegensatz zum nördlichen Nachbarn und den anderen skandinavischen Ländern ist die Bundesrepublik in Sachen Breitbandausbau im globalen und europäischen Vergleich noch immer so etwas wie ein Entwicklungsland.

Diesen Eindruck haben nicht nur die dänischen Nachbarn. Vielmehr bestätigen es Studien der OECD und der Europäischen Kommission. Selbst in so kleinen Staaten wie Lettland können sich die Nutzer mit einer durchschnittlichen Downloadrate 13 Megabit im Internet bewegen. Deutschland kommt gerade einmal auf 8,8 Megabit. Besonders dunkel sieht es auf dem Land aus. Entweder bewegen sich die Datenraten knapp über ISDN-Niveau oder der Ausbau kommt gar nicht voran.

Auf der anderen Seite wächst der Druck auf Städte und Gemeinden in Sachen Breitbandausbau. Also müssen neue, bislang kaum gedachte Konzepte her, die die Bundesrepublik vom kommunikationstechnischen Mittelalter ins Jetzt katapultiert. Das Zaubermittel dafür ist laut Experten FTTH. Die vier Buchstaben stehen für „Fibre to the Home“ – was

nichts anderes bedeutet als die Privathaushalte mit einem leistungsfähigen Glasfaser-Breitbandanschluss zu versorgen.

Über unterschiedliche Strategien und Finanzierungsmöglichkeiten konnten sich Interessierte jetzt bei einem internationalen Workshop informieren. „Neubau Glasfasernetz FTTH – selbst genutzt oder mit Dritten im eigenen Netz Gas, Wasser, Abwasser“ hieß es im Schulungszentrum des Energieversorgers EWE in Oldenburg. Eingeladen dazu hatte Christoph Pauselius, Projektentwickler im Bereich Breitband und Mitarbeiter von Friatec. Das Unternehmen mit Sitz in Mannheim stellt Produkte aus korrosionsbeständigen und verschleißfesten Werkstoffen wie Kunststoff und Keramik her.

„Nimm dein Glück selbst in die Hand“, sagt Pauselius. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland im Breitband-Ausbau hinterherhinkt, sei es jetzt notwendig, an konkreten Geschäftsmodellen zu arbeiten. Die Idee: Insbesondere die regional und lokal gut aufgestellten Stadtwerke bieten zusammen mit ihren Wasser-, Abwasser-, Gas- und Strom-Dienstleistungen schnelles Glasfaser-Breitband an. Dieses Bündel sei in vielerlei Hinsicht vorteilhaft für die zumeist in kommunaler Hand befindlichen Unternehmen: hohe Wachstumsraten, günstige Finanzierung, Kundennähe und somit hohe Renditen.

BREITBAND

8,8

Mbit/s beträgt die durchschnittliche Internetgeschwindigkeit in Deutschland.

66,4

Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen über einen Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s.

23,3

Prozent beträgt die Breitband-Quote in den ländlichen Räumen Deutschlands.

QUELLE: AKAMAI (1X), BERICHT ZUM BREITBANDATLAS ENDE 2014 / BMVI (2X)

Statt auf die berühmt-berüchtigte letzte Meile der Telekom angewiesen zu sein, könnten die Akteure ihre eigene Infrastruktur nutzen. So bietet sich die Möglichkeit, Glasfaser in die vorhandenen Versorgungsleitungen für Wasser oder Gas hineinzulegen. Kurz vor dem Haus gibt es einen Abzweig. Von ihm aus wird das Breitband durch ein kleines Loch in der Wand ins Innere geführt.

Auf dieses System setzt zum Beispiel die EWE im Rahmen mehrerer Projekte. Im großstädtischen Bereich ist Hamburg-Wasser/ServTec dabei. Wie Vertriebsdirektor Joachim Zinnecker erläutert, sind die Hansestädter seit fast 20 Jahren dabei, innerhalb des bestehenden Hamburger Abwassersystems Glasfaserkabel zu führen. EWE hingegen setzt bei neuen Baugebieten auf die Kombination von Gas- und Breitbandlieferung.

Der Ausbau lohnt sich für Investoren

Dass Breitbandnetze gut finanzierbar sind, stellten Uwe Zimdars sowie Thomas Langer vom FTTH-Council heraus. Das Council ist ein Verbund von 150 Breitband-Dienstleistern in ganz Europa. Städte und Gemeinden müssten sich darüber im Klaren sein, dass Breitbandnetze einen eigenen Wert haben. Diesbezüglich haben Langer und Zimdars Ahnung, denn beide sind Finanzfachleute. Sie haben errechnet, dass die Gewinnmargen vor Zinsen und Abschreibungen über 60 Prozent liegen können.

Dass FTTH im ländlichen Raum funktioniert, zeigt ein Beispiel aus Bayern. In der Gemeinde Rudelzhausen, am Rande der Großräume München und Ingolstadt, musste ebenfalls etwas geschehen. Doch sie hat mit 35 Einwohnern pro Kilometer einen hohen Zersiedlungsgrad. Rudelzhausen ist vier verschiedenen Vorwahlbereichen zugeordnet – und erschien als Randgebiet der telekommunikationstechnischen Erschließung.

Die Gemeinde suchte sich nach einigen Vorüberlegungen zunächst einen Partner für den Bau und den Betrieb eines Glasfasernetzes. Mit ihm wurde eine gemeinsame Gesellschaft gegründet, an der die Gemeinde mit 49 Prozent beteiligt ist. Das Unternehmen bietet Telefon-, Fernseh- und Internetdienste an – wobei sich die Beteiligung der Gemeinde positiv auf die Akzeptanz ausgewirkt hat. So wurden vor Baubeginn rund 800 Nutzerverträge abgeschlossen. Nach der Fertigstellung im Jahr 2012 waren etwa 970 von 1100 Haushalten angeschlossen. Investitionsvolumen: rund 3,6 Millionen Euro. Diesen Weg gehen auch die Stadtwerke Bonn und Marburg.



Eine Gasleitung mit eingeführtem Glasfaserkabel: Es gibt Alternativen zum klassischen Netzausbau der Telekom.

UNSER PRODUKT IST FARBLOS UND STEHT DOCH FÜR EINE GRÜNE ZUKUNFT.

Gemeinsam mehr Energie.

Wer Menschen mit Energie versorgt, trägt auch Verantwortung für die Zukunft kommender Generationen. Nachhaltigkeit ist bei WINGAS gelebte Unternehmenskultur. Denn Erdgas ist definitiv der grünste aller konventionellen Energieträger – mit der besten CO₂-Bilanz. Und hat damit im Mix mit erneuerbaren Energien seinen festen Platz. So steht WINGAS für eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Zukunft.

Neugierig? Erfahren Sie mehr auf www.wingas.de

ERDGAS 



Eine „Privatisierungsbremse“ für die Kommunen

Die Idee gewinnt immer mehr Anhänger: Privatisierungen sollen nur noch mit Zustimmung der Bürger möglich sein

Autor Andreas Bovenschulte

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stand ab Ende der 1970er Jahre ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Um die Jahrtausendwende herum hat sich hiergegen unter dem Banner der „Rekommunalisierung“ eine breite Gegenbewegung formiert. Diese ist vor allem auch Ausdruck einer tiefgreifenden Ernüchterung über die entdemokratisierenden Wirkungen der Privatisierungspolitik:

- Wenn Kommunen Aufgaben privatisieren, dann nimmt ihr Einfluss auf die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ab. Damit verliert auch die demokratische Willensbildung in den Räten und Kreistagen an Bedeutung.
- Viele Privatisierungsentscheidungen wurden ohne ausreichende Beteiligung der Öffentlichkeit und ohne ausreichende Abwägung der Alternativen getroffen. Oft waren angesichts der Komplexität der Materie nicht einmal die Zuständigen in Politik und Verwaltung in der Lage, die Tragweite ihrer Entscheidungen abzuschätzen.
- Einmal erfolgte Privatisierungen lassen sich auch bei veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen nur schwer wieder rückgängig machen. Häufig fehlen hierfür die finanziellen Mittel, denn die seinerzeit erzielten Verkaufserlöse wurden längst für andere Dinge ausgegeben. Und häufig sind die Kommunen personell und fachlich gar nicht mehr in der Lage, privatisierte Aufgaben wieder in eigene Regie zu übernehmen.

Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger

Deshalb mehren sich die Stimmen, die eine Privatisierung wesentlicher Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – insbesondere in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Nahverkehr, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Wohnraum- und Gesundheitsversorgung – nur noch dann zulassen wollen, wenn sich eine Mehrheit der Bürgerinnen

und Bürger in einem Volks- oder Bürgerentscheid dafür ausspricht. Über ein solches verbindliches Privatisierungsreferendum, für das sich die prägnante Bezeichnung „Privatisierungsbremse“ eingebürgert hat, soll ein offener und transparenter Diskussionsprozess erzwungen werden, der übereilte und nicht zu Ende gedachte Privatisierungsentscheidungen zu Lasten kommender Generationen verhindert.

Die Privatisierungsbremse betrifft dabei ausschließlich Privatisierungen im materiellen Sinne, durch die der beherrschende Einfluss des Staates oder der Kommunen auf Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge beseitigt wird. Sie zielt nicht darauf, notwendige organisatorische Weiterentwicklungen öffentlicher Unternehmen zu verhindern oder zu erschweren.

Bundesweit erstmalig wurde 2013 in Bremen auf Initiative der SPD eine Privatisierungsbremse in der Landesverfassung verankert. Danach darf der beherrschende Einfluss von Land und Gemeinden auf wesentliche Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nur aufge-

„

Wenn Kommunen Aufgaben privatisieren, verliert auch die demokratische Willensbildung in den Räten und Kreistagen an Bedeutung.

Andreas Bovenschulte



Andreas Bovenschulte (SPD) ist Bürgermeister der Gemeinde Weyhe bei Bremen.

geben werden, wenn das Parlament ein entsprechendes Privatisierungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet oder wenn die Bürgerinnen und Bürger in einem Volks- beziehungsweise Bürgerentscheid der Privatisierung zustimmen. Mittlerweile liegen auch aus anderen Bundesländern Beschlüsse von Gliederungen der SPD vor, in denen die Einführung einer Privatisierungsbremse gefordert wird.

Wie die Privatisierungsbremse gestaltet werden kann

Eine Privatisierungsbremse für die Gemeinden und Kreise könnte in den Flächenländern durch Änderung der jeweiligen Kommunalverfassung eingeführt werden. Denkbar sind dabei zwei Varianten:

- **Obligatorische Privatisierungsbremse:** Den Kommunen wird gesetzlich vorgegeben, dass sie vor einer Privatisierung wesentlicher Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge einen Bürgerentscheid durchführen müssen. Eine solche Regelung könnte allerdings als unangemessene Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung aufgefasst werden.
- **Fakultative Privatisierungsbremse:** Die Kommunen werden gesetzlich ermächtigt, in ihrer jeweiligen Hauptsatzung zu regeln, ob vor einer Privatisierung wesentlicher Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein Bürgerentscheid durchgeführt werden muss. Damit gäbe man unter voller Wahrung des Rechts der Selbstverwaltung jeder Kommune die Möglichkeit, eigenständig über die Einführung einer Privatisierungsbremse zu entscheiden.

Die Privatisierungsbremse ist bürgernahe Politik

Die Privatisierungsbremse ist ein geeignetes Instrument, um zwei Kernanliegen bürgernahe Politik – „Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ und „Mehr Demokratie wagen“ – inhaltlich miteinander zu verknüpfen und offensiv in die Diskussion zu tragen. Dadurch lässt sich zugleich Vorsorge für wirtschaftlich schwierige Zeiten treffen, in denen der Ruf nach Haushaltssanierung durch Verkauf des kommunalen Tafelsilbers wieder lauter werden und der Privatisierungsdruck auf die Räte und Kreistage wieder zunehmen wird.

Eine Link-Liste mit weiteren Informationen zum Thema finden Sie auf:

www.demo-online.de/privatisierungsbremse

Wie nimmt man die Bürger mit?

Gute Bürgerbeteiligung sucht den Interessenausgleich

Der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung wird vielerorts immer lauter – und zahlreiche Städte haben die Beteiligungsmöglichkeiten bereits ausgebaut. Wie aber kann sie gelingen? Einen Beitrag zu dieser Debatte will Konrad Hummel mit seinem Buch leisten. Darin zieht er ein Resümee aus seinen Erfahrungen, die er als Mannheimer Konversions-Beauftragter und Leiter der Geschäftsstelle Bürgerengagement im Sozialministerium von Baden-Württemberg gesammelt hat.

Für Hummel ist die Bürgerbeteiligung ein zweischneidiges Schwert. Einerseits sei sie unvermeidlich. Andererseits könne sie schnell dazu führen, dass wenige engagierte Bürger ihre Anliegen auf Kosten anderer durchsetzen. Bürgerentscheide polarisierten und spitzten eine Debatte auf die Antwortmöglichkeiten „Ja“ oder „Nein“ zu; eine gute Politik müsse aber einen Interessenausgleich zugunsten aller Bürgergruppen anstreben.



Hummel plädiert deshalb für dialogbasierte Verfahren. Als Beispiel dient ihm das Konversions-Projekt in Mannheim: Mit einem aufwändigen Projekt ist es dort gelungen, die Entwicklung ehemaliger Militärflächen gemeinsam mit den Bürgern zu planen. Ein allgemeingültiges Konzept gibt das Buch dem Leser nicht an die Hand, aber eine Reihe von Anregungen und Hinweisen. *CFH*

Konrad Hummel

Demokratie in den Städten. Neuvermessung der Bürgerbeteiligung – Stadtentwicklung und Konversion

Nomos Verlag, 2015, 192 Seiten, 24 Euro, ISBN 978-3-8487-1785-9

Eine Frage des Rechts?

Juristische Studie untersucht Daseinsvorsorge der Zukunft

Der demografische Wandel verändert die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung – und auch an das ihr zugrunde liegende Recht. Welche rechtlichen Ansätze sind deshalb zu ergänzen? Mit dieser Frage beschäftigt sich Mario Königshofen in seiner juristischen Studie „Daseinsvorsorge in Zeiten des demographischen Umbruchs“.

Er stellt fest: Die bisherigen rechtlichen Konzepte, um eine Unterversorgung in dünn besiedelten Gebieten zu verhindern, sind unzureichend. Dabei geht er besonders auf die Bereiche Bildung, medizinische Versorgung, Telekommunikation und ÖPNV ein. Für die verschiedenen Regionen und Bereiche der Daseinsvorsorge müsse man unterschiedliche Ansätze finden, schlägt Königshofen vor. Mal sei es besser, wenn der Staat selbst als Dienstleister auftrete, auf anderen Feldern sei das Leitbild des „aktivierenden Staates“ geeigneter, der die Versorgung durch private



Anbieter sichert. Drei zentrale Ansätze für die künftige Daseinsvorsorge müsse das (daran angepasste) Recht unterstützen: Zentren und Peripherien sollten durch eine bessere Vernetzung neu organisiert werden. Neue Versorgungskonzepte sollten ermöglicht werden. Und drittens bedürfe es auch eines verstärkten Engagements der Zivilgesellschaft. *CFH*

Mario Königshofen

Daseinsvorsorge in Zeiten des demographischen Umbruchs.

Berliner Wissenschafts-Verlag, 2015, 222 Seiten, 39 Euro, ISBN 978-3-8305-3430-3

Wahlen

Matthias Jendricke (SPD) ist neuer Landrat im Kreis Nordhausen. Bei der Wahl am 10. Mai erhielt er 64,7 Prozent der Wählerstimmen. CDU-Kandidat Stefan Nüßle kam auf 35,3 Prozent. Jendricke hat das Amt mit sofortiger Wirkung von Jutta Krauth (SPD) übernommen, die es kommissarisch innegehabt hatte. Der Hintergrund: Im Dezember 2014 war die bisherige Landrätin und Linke-Politikerin Birgit Keller als Ministerin in die Thüringer Landesregierung berufen worden.

Mit hauchdünnem Vorsprung ist **Stefan Fassbinder** (Grüne) am 10. Mai zum Oberbürgermeister von Greifswald gewählt worden. Der auch von der SPD unterstützte Kandidat erhielt 50,05 Prozent und damit 15 Stimmen mehr als Jörg Hochheim (CDU).

Im Landkreis Gießen wurde Landrätin **Anita Schneider** (SPD) am 14. Juni wiedergewählt: Mit 55,7 Prozent landete sie klar vor ihren beiden Mitbewerbern Gregor Verhoff (CDU) und Sascha Endlicher (Piraten). Auch die Stadt Gießen wird weiterhin von einer Sozialdemokratin regiert: Oberbürgermeisterin **Dietlind Grabe-Bolz** kam bereits im ersten Wahlgang auf 53,6 Prozent.

Ebenfalls im ersten Wahlgang erfolgreich war Amtsinhaber **Manfred Wagner** (SPD) mit 60,6 Prozent bei der Oberbürgermeisterwahl in Wetzlar.

Im Kreis Cochem-Zell bleibt **Manfred Schnur** (CDU) Landrat. Für die Wahl am 21. Juni war er der einzige Kandidat und erhielt 69,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Aus der Oberbürgermeisterwahl im sächsischen Freiberg ist **Sven Krüger** (SPD) als Sieger hervorgegangen. Er setzte sich am 21. Juni mit 54,0 Prozent gegen Holger Reuter (CDU) und die Einzelbewerberin Andrea Gerlach durch.

Die parteilose **Ursula Keck** bleibt Oberbürgermeisterin von Kornwestheim. Die von SPD und CDU unterstützte Kandidatin kam bei der Wahl am 21. Juni auf 54,4 Prozent. In Stendal wurde am gleichen Tag **Klaus Schmotz** (CDU) als Oberbürgermeister wiedergewählt – mit einem Ergebnis von 50,2 Prozent. Am 28. Juni gab es in Sachsen gleich eine ganze Reihe von Bürger-

meisterwahlen. Dramatisch verlief der Wahlabend in Torgau: **Andrea Staude** (SPD), seit 2001 Oberbürgermeisterin, unterlag denkbar knapp mit 49,7 Prozent gegen die Herausforderin **Romina Barth** (CDU). Barth kam auf 50,3 Prozent – 39 Wählerstimmen machten den Unterschied.

In Zittau ist **Thomas Zenker** von der Wählerinitiative „Zittau kann mehr“ zum neuen Oberbürgermeister gewählt worden. Im zweiten Wahlgang genügte ihm bereits eine einfache Mehrheit von 47,8 Prozent, um sich gegen zwei Einzelbewerber durchzusetzen.

Alexander Ahrens vom Bürgerbündnis Bautzen ist zum neuen Oberbürgermeister der sächsischen Stadt gewählt worden. Der auch von der SPD und der Linken unterstützte Kandidat hatte im zweiten Wahlgang mit 48,1 Prozent die Nase vorn. Matthias Knaak (CDU) kam auf 35,3 Prozent und Einzelbewerber Mike Hausschild auf 16,6 Prozent. Der bisherige Amtsinhaber Christian Schramm (CDU) war nicht erneut angetreten.

Pia Findeiß (SPD) bleibt auch weiterhin Oberbürgermeisterin von Zwickau: Mit einem klaren Ergebnis von 62,2 Prozent. Das Nachsehen hatten der CDU-Kandidat Michael Luther (31,1 Prozent) und Thomas Gerisch von den Freien Wählern (6,8 Prozent).

Gewählt wurde am 28. Juni auch in Hessen. In der Stadt Marburg konnte sich der SPD-Kandidat **Thomas Spies** bei der Oberbürgermeisterwahl mit 60,0 Prozent gegen Dirk Bamberger (CDU) durchsetzen. Damit tritt er die Nachfolge von **Egon Vaupel** (SPD) an, der nach zehn Jahren im Amt aus gesundheitlichen Gründen zurücktritt.

Alexander Hetjes (CDU) konnte sich mit 61,5 Prozent das Oberbürgermeisteramt in Bad Homburg sichern und löst den unabhängigen Amtsinhaber Michael Korwisi (38,5 Prozent) ab.

Einen Wechsel gibt es auch in Landau in der Pfalz. Dort ist Oberbürgermeister **Hans-Dieter Schlimmer** (SPD) aus Altersgründen nicht wieder zur Wahl angetreten. Der Sozialdemokrat **Maximilian Ingenthron** hat den Wahlsieg am 28. Juni knapp verpasst: Mit 46,8 Prozent der Stimmen reichte es nicht ganz gegen **Thomas Hirsch** (CDU).

Bellen, aber nicht beißen

Kommunalpolitiker versuchen, das Hundemist-Problem zu entsorgen: Eine DNA-Datenbank soll dabei helfen

Autorin Karin Billanitsch



Der Hund scheidet einfach in den Park? Verschmutzte Wege und Wiesen. Versteckte Tretminen sind überall ein Ärgernis für Passanten. Deswegen muss bei Spaziergängern, die die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner nicht einsammeln, endlich durchgegriffen werden – das dachten sich jedenfalls die Politiker in Neapel oder London, als sie den DNA-Test von Hundekot beschlossen beziehungsweise planten. Wer die Häufchen einfach so liegen lässt, soll aufgespürt werden und einen Haufen Geld zahlen.

Was angeblich in den USA gut funktioniert, möchte auch der Londoner Stadtteil Barking and Dagenham einführen (Barking bedeutet zu deutsch: Bellen!). Mit Hilfe des Corpus Delicti sollen faule Halter überführt werden. Damit die Proben der illegal gesetzten Hundehäufchen ein hieb- und stichfestes Ergebnis liefern, muss eine Gendatenbank der Hunde des ganzen Stadtteils aufgebaut werden. Dass das teuer ist, leuchtet unmittelbar ein. Die Kosten sollen durch das saftige Bußgeld wieder eingespielt werden.

Auf Sauberkeit wird auch in der bayerischen Landeshauptstadt München wert gelegt. Ein Stadtratspolitiker hat in einem Antrag nicht nur den genetischen Pfortenabdruck mit allen Konsequenzen gefordert, nein,

er geht noch einen Schritt weiter: Durch ein besonders hohes Bußgeld will er die Hundesteuer generell senken. Wenn aber alle aufräumen und gar kein Bußgeld anfällt – wer kommt dann für den ganzen Aufwand auf?

Münchens Altoberbürgermeister Christian Ude, der dafür bekannt ist, Missstände aufs Korn zu nehmen, kennt die Banalitäten des täglichen Lebens von Bürgermeistern nur zu gut. Es geht das Gerücht um, dass er kürzlich vor einem amüsierten Publikum ein Gedicht von Manfred Rommel zitiert habe: „Des Bürgermeisters täglich Brot / Ist und bleibt der Hundekot.“

Wie der Aufbau eines kommunalen DNA-Labors in der Praxis vonstatten gehen soll, ist unklar. Wer prüft überhaupt, ob es sich tatsächlich um das Erbgut des lieben Haustiers und nicht des Kötters vom Nachbarn handelt? Kann die Haftung des Halters auf den Hundesitter abgewälzt werden? Trifft die Stadtverwaltung ein Mitverschulden, wenn sie nicht genügend Hundekot-Tütenspenden aufgestellt hat? Wer sammelt die Mistprobchen ein? Ist es gerecht, dass Katzenbesitzer nichts bezahlen müssen? Fragen über Fragen.

Es ist wie immer: Eine im Ansatz gute Idee scheitert an der Realität, frei nach dem Motto: Stadtverwaltungen die bellen, beißen nicht.

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für Kommunalpolitik
(Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:

Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin),
Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin),
Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-230

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach
61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Verlagsleitung: Guido Schmitz

Anzeigen/Vertrieb: Network Media GmbH,
Gewerbehof Bülowbogen, Hof D, Eingang D1,
Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf),
Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 32 vom
1. April 2015

Vertrieb: Stefanie Martin

Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären
Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO
Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:

IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand
und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten
(Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 €
zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils
um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate
vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nicht-
lieferung ohne Verschulden des Verlages
und im Falle höherer Gewalt besteht kein
Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder
auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr
enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind
urheberrechtlich geschützt.

Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1,
10178 Berlin, Telefon: (030) 283 06-0

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de



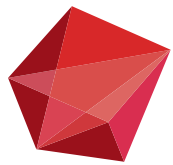
Zugleich Versandanschrift für
Beilagen und Beihefter mit Zusatz
„Warenannahme“.

DEMO 09/10 2015
erscheint am 08. Oktober 2015

mit folgenden Themen:

Die Belange von **Menschen mit Behinderung** gehen alle an. Kommunen stehen vor großen Herausforderungen: Sie müssen die Ziele des geplanten Bundesteilhabegesetzes meistern und die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Im Report geht es um das Thema **Kommunale Dienstleistungen**.





NWMD

Gesellschaft für
Kommunikation

MACH'S MIT GENOSSEN

Wir sind eine Tochter des Berliner vorwärts Verlags.
Unser Spezialgebiet ist die politische Kommunikation.

Wir konzipieren und realisieren **Kampagnen, Printmedien, Onlineprojekte** und machen **mobile Kommunikation** möglich.

Unser Prinzip heißt Maßanzug: Wir entwerfen gemeinsam mit unseren Kunden einen perfekt sitzenden Medienmix. Weil nur zielgenaue Kommunikation ankommt.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

**WAS ARBEITET
IM TEAM**



**SETZT SEINE
ENERGIE GEZIELT EIN?**

Besuchen Sie uns auf der Haupt-
versammlung des **Deutschen
Städtetages in den Messehallen
Dresden, Halle 2 / Stand 4.**

Das Virtuelle Kraftwerk der Thüga-Gruppe.

Wenn sich viele Kleine zusammenschließen, entsteht etwas Großes. Dezentrale Energieanlagen erhalten mit dem Virtuellen Kraftwerk eine gemeinsame Schaltzentrale. So gleichen sie ganz effizient die unstete Einspeisung von Wind- und Sonnenkraft aus. Rund 50 mittelgroße Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Biogasanlagen sind deutschlandweit bereits auf diese Weise zusammenschaltet. Sie ergänzen sich zu einem großen Kraftwerk und stellen damit sicher, dass die benötigte Strommenge zu jeder Zeit in allen Netzen verfügbar ist.

Dies ist nur eine der vielen Lösungen, die aus der Zusammenarbeit der 100 Unternehmen der Thüga-Gruppe entstehen und die Energiewende in den kommunalen Lebensräumen vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über
www.energie-und-wende.de



syneco

Das große Plus im Energiehandel



innovationen

Das große Plus für die Zukunft